

**Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.**

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Ellen Nebel.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 66,90 Euro.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

**Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),
Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de**

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

04. Mai 2018 **18**

INHALT

DOKUMENTATION

„Die Plattform-Demokratie – Über gesellschaftliche Brüche, veränderte Kommunikation, disruptive Technologie“

LPR-Forum Medienzukunft am 1. März in Frankfurt am Main

„Neue Nachdenklichkeit“

Die Plattform-Demokratie / *Von Joachim Becker* 3

„Neue Formen von Macht“

Wandel der liberalen Demokratie und das fragile digitale „Wir“ / *Von Gary S. Schaal* 5

„Mentale Umweltverschmutzung“

Auf dem Weg in die desinformierte Gesellschaft / *Von Stephan Ruß-Mohl* 11

„Die Informationsflut filtern“

Kontrolle und Gestaltbarkeit künstlicher Intelligenz / *Von Katharina Zweig* 15

„Programmierte Moral“

Können und sollen Maschinen ethisch handeln? / *Von Catrin Misselhorn* 20

„Fakten prüfen, bevor man sie hinausposaunt“

Diskussion über die Umgestaltung des sozialen Raums 26

„Intensive Debatten“

Eine technologisch-mediale Integrationsaufgabe / *Von Ludger Fittkau* 33

Verlässliche Orientierung. Eine Tagung über die „Plattform-Demokratie“

epd „Ihr Dekolleté – zu viel Information“, singt Annett Louisan in einem Song, in dem sie das Dilemma der Informationsüberflutung hübsch auf den Punkt bringt. Wenn sie im Refrain fragt: „Woll'n wir das wissen müssen?“, lautet die Antwort: „Nein, woll'n wir nicht.“ Beim LPR-Forum Medienzukunft zum Thema „Die Plattform-Demokratie – Über gesellschaftliche Brüche, veränderte Kommunikation, disruptive Technologie“ stand am 1. März in Frankfurt am Main der Umgang mit Information und deren Sortierung auf unterschiedlichen Plattformen im Mittelpunkt. Woran erkennen soziale Netzwerke wie Facebook oder Suchmaschinen wie Google, welche Informationen für den Einzelnen relevant sind und welche nicht?

Die Informatikerin Katharina Zweig gab in gewisser Weise Entwarnung, was die Gefahr der Filterblasen angeht. Zumindest für Google sehe sie diese derzeit nicht, sagte sie und berichtete von Erkenntnissen, die eine Forschergruppe aus dem Projekt „Datenspende“ gewonnen hat, das von den Landesmedienanstalten unterstützt wird: Bei der Suche nach Politikernamen unterschieden sich die Ergebnisse der Probanden nur zu einem geringen Teil, der deutlich unter 20 Prozent lag. Hier sei die „Filterblase geplatzt“, sagte Zweig. Allerdings können die Wissenschaftler keine Angaben zur unterschiedlichen Wahrnehmung von Informationen bei Facebook machen, da das soziale Netzwerk für Forscher nicht zugänglich ist.

Der Medienwissenschaftler Stephan Ruß-Mohl beschwor hingegen die Gefahr der Desinformation als „Pest der digitalisierten Gesellschaft“: Vorurteile, Glaubensbekenntnisse, Gefühle und Verschwörungstheorien verdrängten derzeit das gesicherte Wissen. Das sei nicht nur eine Herausforderung für den Journalismus, sondern vor allem auch für die Demokratie und die freiheitliche Gesellschaft. Die Demokratie sah auch der Politikwissenschaftler Gary S. Schaal durch die zunehmende Kultur der Singularisierung bedroht. Die Digitalisierung leiste mit ihrer Möglichkeit, Berge von Daten zu einzelnen Personen zu sammeln, der

Entsolidarisierung in der Gesellschaft weiter Vorschub, weil die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken „nicht mehr auf ein Kollektiv, sondern im Extremfall für einzelne Personen des Kollektivs berechenbar wird“.

Die Philosophin Catrin Misselhorn wiederum fragte, ob es sinnvoll sei, die Entscheidung über die Sperrung problematischer Inhalte in sozialen Netzwerken Computern zu überlassen. Die Frage, ob Maschinen ethisch handeln können und sollen, stelle sich bereits bei einem Saugroboter, gab sie zu bedenken.

In der abschließenden Diskussion sagte der Medienrechtler Tobias Gostomzyk, die sich herausbildenden neuen digitalen Öffentlichkeiten seien auch eine Herausforderung für das Recht, weil Äußerungen, die früher eher im privaten Rahmen getätigt worden seien, plötzlich in den sozialen Netzwerken für alle einsehbar würden. Jeder könne heutzutage Öffentlichkeit für seine Äußerungen herstellen.

Der „FAZ“-Herausgeber Werner D'Inka rief die Medien dazu auf, sich angesichts dieser neuen Öffentlichkeiten selbstbewusst auf ihre Handwerksregeln und berufsethischen Normen zu besinnen. Sie müssten erklären, dass es einen Unterschied mache, ob man Fakten ungeprüft herausposaune oder sie vor der Veröffentlichung auf Plausibilität überprüfe. D'Inka äußerte sich auch kritisch über die Auseinandersetzungen zwischen Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk in Sachen Telemedien. Die Medien säßen hier „im selben Boot“, sagte er: Wichtig sei, den Menschen in der Informationsflut verlässliche Orientierung zu geben.

Wir dokumentieren die Vorträge und die Diskussion des LPR-Forums Medienzukunft mit freundlicher Genehmigung der Autoren und des Veranstalters, der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR).



Diemut Roether

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
76,70 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.

Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

„Neue Nachdenklichkeit“

Die Plattform-Demokratie / Von Joachim Becker

Die Sozialen Medien sind die neuen, machtvollen Vermittler und Organisatoren des politischen und sozialen Diskurses; und mit ihren Algorithmen bestimmen sie, was eine Gesellschaft über sich weiß und wie sie sich definiert. Doch was genau bedeutet das? Was folgt daraus? Was tut das mit dem Einzelnen, mit der Gesellschaft, mit dem Staatswesen? Darüber wollen wir heute reden – über „Die Plattform-Demokratie“ und damit über „gesellschaftliche Brüche, geänderte Kommunikation, disruptive Technologie“.

Seien Sie herzlich willkommen beim neunten LPR-Forum-Medienzukunft! Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, und wir uns heute gemeinsam diesen brennenden Fragen widmen können – unter dem Dach der neuen und so gelungenen Evangelischen Akademie Frankfurt, die gleichermaßen Modernität und Nachhaltigkeit ausdrückt. Hier in der Mitte Frankfurts, die auch architektonisch – mit dem ambitionierten Dom-Römer-Projekt gleich nebenan – das Alte und das Neue auf eine besondere Art zu verbinden sucht.

„Mehrschichtige Systeme“

„Plattform“ hat sich als Metapher eingeschlichen in unseren Sprachgebrauch und als – scheinbar klar definierter – Fachbegriff längst etabliert, wenn wir über die erfolgreichen Internetunternehmen reden. Diese Intermediäre benutzen selbst die Metapher; sie gebrauchen den Begriff, um ihre Dienste zu beschreiben – gegenüber den Nutzern, den Werbekunden, den Investoren und zur Selbstbeschreibung. Und das scheint für sie durchaus nützlich zu sein.

Weil Sprache das Denken bestimmt, scheint es mir sinnvoll, einen genaueren Blick auf die Plattform-Metapher zu werfen. Was verbinden wir mit dem Begriff „Plattform“? Eine Plattform ist eben, also gleich, offen, stabil. Eine Plattform erhebt uns, gibt uns eine Draufsicht, lässt uns wirkmächtig erscheinen und machtvoll agieren. Metaphern heben jedoch nicht nur bestimmte Eigenschaften hervor, Metaphern lassen auch andere Eigenschaften in den Hintergrund treten und verbergen damit manches.

Was ist das? Talerton Gillespie hat dies trefflich aufgelistet. Im Einzelnen sagt der Kommunikationswissenschaftler von der renommierten Cornell University, der mittlerweile auch dem Microsoft Research Team angehört, dazu:

1. Digitale Plattformen sind keine offenen Räume des gleichberechtigten Diskurses und Austauschs. Ihre Dienstleistung besteht im Organisieren, Strukturieren und Kanalisieren von Informationen. Es sind verschlungene, mehrschichtige Systeme, geformt von den grundlegenden Konturen, gesteuert von Algorithmen und jederzeit veränderbar durch neue Programmierungen. Das blendet die Metapher aus und suggeriert vielmehr, dass alle Aktivitäten und Informationen gleichermaßen zugänglich, sichtbar, öffentlich seien.

2. Mit der Plattform-Metapher verbunden ist auch das Bild einer Nutzer-Community, der sich alle Möglichkeiten eröffnen. Doch diese einheitliche Nutzer-Community gibt es nicht. Es gibt auf den digitalen Plattformen eine schier unendliche Vielzahl ganz unterschiedlicher, oftmals widerstreitender Nutzer-Gruppen. Und damit geht es in der Beziehung zwischen Anbietern und Nutzern nicht um gleichberechtigte Möglichkeiten, sondern um Identität und Absicht. Das ist etwas völlig anderes.

3. Die Plattform-Metapher umschifft auch die Frage nach der Verantwortung. Wie Bahnsteige, „platforms“ im Englischen, nicht verantwortlich sind für die Fahrgäste des Zuges. Plattform suggeriert also eine Art neutrale Vermittlung, ein unparteiisches Dazwischensein. Und es ist vermutlich nicht zuletzt dieser Metapher zu verdanken, dass es den Internet-Giganten bislang gelungen ist, nicht als Medienunternehmen wahrgenommen und behandelt zu werden.

4. Und schließlich fördert diese Metapher auch die Vorstellung, dass unter der Plattform nichts ist. De facto aber ist eine digitale Plattform ein hochkomplexes Gebilde, das eine enorme Arbeitsleistung an Programmierung und Einordnung und Bewertung von Inhalten voraussetzt. Das Bild, der Eindruck, dass da nichts ist, verhindert die Fragen, wer – was – wie – warum entscheidet, steuert und regelt. Und dabei geschieht genau dieses Steuern, Regeln, Entscheiden in dem vorgeblich leeren Raum.

„Neue Gatekeeper“

So weit Gillespie und seine kluge Analyse. Das Fazit daraus: Es ist also gerade das, was die Plattform-Metapher ausblendet, was uns interessieren sollte. Denn der globale Verbund der Netzwerke und ihre zugrundeliegenden Mechanismen beeinflussen, wie Gesellschaften sich organisieren und reorganisieren.

Ich bin damit bei meinem zweiten Aspekt – der Macht im Internet. Binnen zwei Jahrzehnten konnten wir den rasanten Aufstieg von „Garagen-Firmen“ zu global agierenden und schier omnipräsenten Internetgiganten verfolgen und haben ihn als Nutzer fleißig mitbefördert. Google wurde 1998 gegründet, Facebook 2004. Heute prägen die „Big Five“ der US-Tech-Companies nicht nur die wichtigsten Märkte des kommerziellen Internets, ihre Macht geht weit über ihre marktbeherrschenden Positionen hinaus. Sie sind tief eingedrungen in das soziale Gewebe; sie sind aufgestiegen zu „Kuratoren des individuellen und kollektiven Austausches im Netz“, wie der Stuttgarter Soziologe Ulrich Dolata es formuliert, und wachsen damit zunehmend in die Rolle neuer Gatekeeper hinein. Ihre technischen Spezifikationen, ihre algorithmischen Filterstrukturen, ihre Geschäftsbedingungen, ihre Regeln sperren zwar nicht im herkömmlichen Sinn aus, aber sie strukturieren und kanalisieren das Verhalten ihrer Nutzer, individuell wie kollektiv.

An dieser Stelle lohnt es, auf Manuel Castells zu hören. Der große spanische Soziologe hebt darauf ab: Information und Kommunikation sind wesentliche Instrumente der Machtausübung. Castells, der in Berkeley lehrte und in den 1990er Jahren schon in einem dreibändigen Werk die Netzwerkgesellschaft geradezu prophetisch analysiert und beschrieben hat, unterscheidet zwischen physischer Macht, also Gewalt, und Überzeugungsmacht. Und eben das, was diese „persuasive power“ ausmacht, Information und Kommunikation, sind seit jeher die Schlüsselfaktoren zur Anhäufung und Verteilung von Wohlstand und Macht.

Damit haben es die Intermediäre, über die wir hier reden, weit gebracht. Es ist ein Oligopol entstanden, in dem Netz-Giganten zwar untereinander in scharfer Konkurrenz stehen, aber es sind längst vermachtete Strukturen entstanden, die das Netz bestimmen. Es ist nicht nur die ökonomische Macht der Intermediäre, die es ihnen erlaubt, dank Forschung und Entwicklung fortlaufend neue Angebote zu schaffen. Ihre ungeheure Finanzkraft ermöglicht ihnen auch, neue Ideen, neue Erfindungen, neue Leute, Startups zu kaufen und so innovativ zu bleiben.

„Kein Entkommen“

Dieses – isoliert betrachtet – ist zunächst nicht vorwerfbar. Aber mit diesen immer neuen Angeboten und ihren Vernetzungen erweitern sie ständig ihre Macht über die Daten, die sie aus den digitalen Spuren der Nutzer generieren und abgleichen. Die Profile der Nutzer werden immer ausdifferenzierter, immer weiter verfeinert, mit dem Ziel, zu wissen, was der Nutzer will, längst bevor er es selber weiß und es aus diesen „soziotechnischen

Ökosystemen“ so gut wie kein Entkommen mehr gibt. Die machtvollen Intermediäre sind nicht nur die neuen Kuratoren des öffentlichen Diskurses, sie sind längst auch zu Regel setzenden Akteuren avanciert. Und diese Rolle weisen wir ihnen neuerdings sogar per Gesetz zu.

„In der Welt von heute gibt es zu viel Sensationalismus, Falschinformation und Polarisierung. Die sozialen Medien ermöglichen es Menschen, Information schneller als jemals zuvor zu verbreiten. Und wenn wir diese Probleme nicht gezielt angehen, werden wir damit enden, dass sie sich vervielfältigen.“ Wer sagt das? Mark Zuckerberg! Man reibt sich ein wenig verwundert die Augen: Ist das derselbe Mark Zuckerberg, der da Verantwortung übernehmen will, wie der, der so vehement darauf gepocht hat, dass Facebook eine Tech-Company, eine Plattform sei, aber um alles in der Welt kein Medienunternehmen, das Informationen sortiert, gewichtet, adressiert?

Ist es vielleicht wirklich so, wie in dem großen, gerade erschienenen „Wired“-Artikel gemutmaßt wird, dass die politischen Ereignisse der vergangenen zwei Jahre auch einen Digital-Enthusiasten und Technik-Optimisten wie Zuckerberg zweifeln lassen? Die Autoren Nicolas Thompson und Fred Vogelstein zeichnen ein Bild von Facebook und seinem ehrgeizigen Gründer, das mit Blessuren geradezu übersät ist. Sie attestieren Zuckerberg, nicht durchdacht zu haben, was aus Facebooks dominierender Rolle in der *news industry* folgt, und halten ihm vor, zu lange an dem geradezu religiösen Glaubenssatz festgehalten zu haben, Facebook sei eine offene und neutrale Plattform. Der US-Präsidentenwahlkampf, sein Ausgang, die russische Einflussnahme, die mazedonischen Teenager, die politische Debatte um mögliche Regulierung, die Anhörung im Kongress, harte Auseinandersetzungen mit US-Medien und Selbstkritisches aus dem Silicon Valley wie „Soziale Medien haben Werkzeuge geschaffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerreißen“ – all das, so die beiden Autoren, haben wohl zu einer neuen Nachdenklichkeit geführt, nicht zuletzt auch, um Facebook zukunftsfähig zu halten.

Mit seinem Befund, den Zuckerberg in seinem Post im Januar formuliert hat, ist er nicht allein. Papst Franziskus hat den kommenden Weltmedientag der Katholischen Kirche zum Thema „Fake News und Journalismus für den Frieden“ unter das Johannes-Wort „Die Wahrheit wird Euch befreien“ gestellt. Das Oberhaupt der Katholischen Kirche sieht in Falschinformationen eine Gefahr für die Menschheit, weil sie Gefühle wie Angst und Wut ausnutzen und so politischen und gesellschaftlichen Schaden anrichten.

Kofi Annan äußerte sich bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz besorgt über die Manipulationsmöglichkeiten durch soziale Medien. Der frühere UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger sieht das so: Wenn Informationen und Falschinformationen nicht mehr zu unterscheiden sind, unterminiert das den gesellschaftlichen Diskurs, führt zu einem enormen Vertrauensverlust, untergräbt die Bedeutung von Wahlen, die den friedlichen Machtwechsel ermöglichen sollen, und zerstört damit Demokratie.

Sind wir an dem Punkt angekommen, den der israelische Historiker Harari so beschreibt: „Die liberale westliche Gesellschaft bricht zusammen, aber es existiert noch keine Alternative“? In einer Welt, in der Wissen zum wichtigsten Wirtschaftsgut geworden ist, führt der Aufstieg der disruptiven Technologie, die auch unsere Kommunikation bestimmt, zu den großen Herausfor-

derungen – die allerdings nur im Rahmen globaler Zusammenarbeit zu bewältigen sind. So der Autor von „Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen“.

Wir wollen heute nicht nur die krisenhaften Erscheinungen in Medien und Gesellschaft analysieren und ihre Ursache besser verstehen lernen, wir suchen auch und gerade nach Lösungsansätzen. Dazu hat uns Ingrid Scheithauer, wie ich finde, ein vielversprechendes Programm zusammengestellt. Herausragende Expertinnen und Experten aus ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, aus dem Journalismus, aus der Politik werden zu Wort kommen.

*

Joachim Becker ist Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien. ■

„Neue Formen von Macht“

Wandel der liberalen Demokratie und das fragile digitale „Wir“ / Von Gary S. Schaal

1. Erkenntnisinteresse und Ansatz

Demokratie ist eine politische Herrschaftsform, bei der eine Gruppe von Menschen sich zusammenschließt, um möglichst autonomieschonend Herrschaft über sich selbst auszuüben. Jede Demokratie besitzt damit ein „Wir“ im Sinne eines politischen Kollektivs, das über sich selbst regiert. Dieses „Wir“ verändert sich durch Prozesse der Digitalisierung nachhaltig.

Im Folgenden reflektiere ich über den gegenwärtigen Transformationsprozess der liberalen Demokratie unter Bedingungen forcierter Digitalisierung. Sehr bewusst wende ich mich von der allgemeinen Krisenrhetorik, die derzeit die Diskussion über Digitalisierung und Demokratie dominiert, ab. Der wichtigste Grund besteht darin, dass das Konzept der Krise vorsieht, dass man nach der Rekonvaleszenz zum (gesunden) Status quo ante zurückkehrt. Diese Option besteht für die Demokratie nicht mehr. Die Krise der Demokratie ist in der Öffentlichkeit zu einer permanenten Krise umdefiniert worden und somit jedes analytischen Mehrwertes beraubt.

1.1 Vulnerabilität und Resilienz – zentrale Konzepte der Analyse

Jenseits aller Krisenrhetorik sind wir Zeitgenossen eines in seiner Geschwindigkeit und Intensität historisch einmaligen Transformationsprozesses demokratischer

Gesellschaften. Um die Richtung, das heißt um die Gefahren und Verheißungen, dieser Transformationsprozesse besser verstehen zu können, ist es hilfreich, ein analytisches Rahmenkonzept anzuwenden, in dessen Zentrum das Begriffspaar Vulnerabilität und Resilienz steht.

Resilienz ist ein Konzept, das ursprünglich aus der Psychologie stammt und die Widerstandsfähigkeit des psychischen Systems gegen Stress bezeichnet. Dieses Konzept findet seit einiger Zeit auch in der Politikwissenschaft und hier insbesondere in der empirischen Demokratieforschung Anwendung. In diesem Forschungskontext bezeichnet Resilienz die Widerstandsfähigkeit des demokratischen Systems.

Das korrespondierende (Gegen-)Konzept ist jenes der Vulnerabilität. Es bezeichnet die Verletzlichkeit eines demokratischen Systems und die Gründe, aus denen diese resultiert. Wenn ich im Folgenden über die Transformation der Demokratie unter Bedingungen der Digitalisierung reflektiere, tue ich dies entlang der Differenzierung von Vulnerabilität und demokratischer Resilienz.

Obwohl die Demokratie eine sehr voraussetzungsvolle Staatsform ist, war sie die erfolgreichste im 20. Jahrhundert. Sie scheint den Zenit ihres Erfolges jedoch historisch überschritten zu haben, befindet sie sich

doch seit mindestens zehn Jahren im globalen Maßstab unter Stress (vgl. die Messungen von Freedom House). Nicht nur sank ihre absolute Zahl, auch die demokratische Qualität der etablierten Demokratien nahm im Durchschnitt ab.

Auf der Suche nach Erklärungen für diese Entwicklungen geraten das Internet, Big Data und allgemein gesprochen Prozesse der Digitalisierung in den Fokus der Aufmerksamkeit. Doch wie häufig, wenn man Digitalisierungsprozesse und ihre Effekte analysiert, greifen einfache lineare Erklärungsmodelle nicht. Auch die Überlegungen, die ich im Folgenden ausbreite, besitzen einen paradoxen Charakter.

Ich vertrete die These, dass jene Faktoren, die in den letzten Jahrhunderten Garanten des Erfolges und entscheidend für demokratische Resilienz waren, ihren Charakter ins Gegenteil verkehren und im Zuge der Digitalisierung zu zentralen Faktoren von Vulnerabilität mutieren. Vergangene Stärken werden zu aktuellen Schwächen!

2. Klassische Faktoren der Resilienz liberaler Demokratien

In einem ersten Schritt werde ich jene „klassischen“ Faktoren nennen, die zur Resilienz der Demokratie und damit auch zu ihrem Erfolg im 20. Jahrhundert (das heißt in modernen Gesellschaften) entscheidend beigetragen haben. Diese Liste ist natürlich nicht erschöpfend. Sie bezieht sich vor allem auf jene Faktoren, in denen das demokratische „Wir“ eine herausragende Rolle spielt.

2.1 Normativer Individualismus

Fast alle Demokratien auf der Welt sind liberale Demokratien. Sie stehen in der Tradition der Aufklärung, hinsichtlich der Idee der Menschenwürde insbesondere in der Kantischen Tradition, und zeichnen sich durch ihren starken normativen Individualismus aus. Der liberale normative Individualismus verzichtet darauf, hohe Tugenderwartungen an die Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Orientierung am Eigennutz ist konstitutiv für das liberale Bürgerbild.

2.2 Ein schwaches Konzept des demokratischen „Wir“

Mit der normativen Prämierung des Individualismus geht ein schwaches Konzept eines demokratischen „Wir“ einher. „Schwach“ bezieht sich darauf, dass das Set der gemeinsam geteilten Werte und Normen reduziert ist und primär den Bereich des Politischen umfasst und somit keine umfassende Theorie des guten Lebens darstellt (vgl. Rawls).

Das „Wir“ bezieht sich maßgeblich darauf, dass sich eine Gruppe von Menschen als ein politisches Kollektiv ansieht, welches sich demokratisch selbst regieren will. Notwendig ist hierfür, dass die zentralen Prinzipien, Verfahren und Regelungen der Demokratie, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit und das Mehrheitsprinzip, kollektiv und am besten einstimmig geteilt werden. Insofern liegt eine schwache Theorie eines politischen „Wir“ und nicht eines kulturell-werthafteren „Wir“ vor.

2.3 Affekt- und Emotionsaversität des demokratischen Prozesses

In der Tradition der Aufklärung steht auch, dass die liberale Demokratie einen starken Fokus auf die Rationalität und Vernunft der Bürgerinnen und Bürger legt (vgl. S. Holmes: „Passion and Constraints“). Der Liberalismus hat in den letzten zwei Jahrhunderten die Emotionen – zum größten Teil erfolgreich – aus dem demokratischen Prozess verbannt (vgl. Schaal/Heidenreich). Die Orientierung an einer relativ affektfreien Politik umfasst das Kollektiv der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger als Ganzes. Wie Hirschman gezeigt hat, wurden die emotionsgetriebenen und unregierbaren Leidenschaften der Bürgern im Liberalismus durch rationale und somit berechen- und steuerbare Interessen substituiert.

2.4 Hohe Adaptionfähigkeit

Die Demokratie hat sich als eine besonders adaptionfähige politische Herrschaftsform bewährt. Ihre Fähigkeit, sich an neue gesellschaftliche Umwelten und deren Herausforderungen anzupassen, war ein zentraler Faktor der demokratischen Resilienz.

3. Skizze der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien

Der analytische Komplementärbegriff zu Resilienz ist jener der Vulnerabilität, der Verletzlichkeit. Wie gesagt, vertrete ich die These, dass die Faktoren, die klassischerweise die demokratische Resilienz der Demokratie erhöht haben, sich unter den gegenwärtigen Bedingungen ins Gegenteil verkehren und ihre Vulnerabilität erhöhen. Die Herausforderungen werden im Anschluss übersichtsartig genannt, um sie im weiteren Verlauf des Vortrages näher auszuführen.

3.1 Digitalisierung

Der in unserem Kontext wichtigste Prozess, aus dem demokratische Vulnerabilität resultiert, ist die forcierte Digitalisierung. Digitalisierung bietet auch Chancen für die Demokratisierung der Demokratie (vgl. Gastil), im gegenwärtigen Diskurs wird sie jedoch maßgeblich

(das heißt sowohl qualitativ als auch quantitativ) als Vulnerabilität liberaler Demokratie gesehen.

3.1.1 Informationskapitalismus

Die Digitalisierung möchte ich analytisch in zwei Dimensionen differenzieren. Erstens beziehe ich mich auf die ökonomische Dimension der Digitalisierung. Die forcierte Digitalisierung der ökonomischen Sphäre transformiert den Kapitalismus selbst, so dass nur seine Leitidee – Gewinnmaximierung – konstant bleibt. Dieser neue Kapitalismus wird in der Literatur in der Regel als Informationskapitalismus bezeichnet. Er führt zu neuen Machtstrukturen, die maßgeblich auf Big Data beruhen. Sie stellen für Demokratie existenzielle Herausforderungen dar, da sie die Transformation von demokratischen Gesellschaften in Kontroll- und Überwachungsgesellschaften ermöglichen. Und dies – dem NSA-Skandal zum Trotz – maßgeblich durch privatwirtschaftliche Akteure.

3.1.2 Kultur der Singularitäten

Auf der kulturellen Ebene führte Digitalisierung zu einem Prozess des kulturellen Wandels, den Andreas Reckwitz überzeugend rekonstruiert hat. Dessen Kern ist die normative Aufwertung der Singularität, das heißt des Besonderen im Gegensatz zum Allgemeinen. Die Singularität geht aufgrund ihrer Authentizitätsorientierung einher mit einer Erhöhung der affektiven Dimension sowohl der alltäglichen Kommunikation als auch der Kommunikation in der politischen Sphäre.

3.1.3 Komplexitätssteigerung und Emergenz

Aus der Digitalisierung resultiert für die Demokratie folgende Trias an Herausforderungen, auf die Demokratie reagieren muss:

- eine bislang nicht bekannte Steigerung der Komplexität demokratischen Entscheidens;
- eine Beschleunigung der Umwelt des politischen Systems (insbesondere des globalen Finanzkapitalismus) und, daraus resultierend, die Erwartung massiver Erhöhungen der Prozessgeschwindigkeit innerhalb des demokratischen Systems (Gegenwartsschrumpfung);
- eine deutliche Erwartungserhöhung an die epistemische Qualität demokratischen Regierens.

Diese Herausforderungen werden konterkariert durch zunehmende Nichtlinearität, Emergenz und Exponentialität, die dem Prozess der Digitalisierung (Vernetzung, Big Data) inhärent sind. Insbesondere die Geschwindigkeitssteigerungen, die aus Digitalisierungsprozessen resultieren, stellen Herausforderungen für die wissenschaftliche Beschäftigung dar. Denn die Prozesse

verlaufen exponentiell und entziehen sich den üblichen Pfadabhängigkeiten früherer Entwicklungsprozesse. Daraus folgt, dass jede positivistische Betrachtung, die auf Basis der Analyse der Vergangenheit und gegenwärtiger Entwicklungen zukünftige Entwicklungen antizipieren will, nicht nur zu kurz greift, sondern strukturell zu spät kommt.

3.2 Die hohe Adaptionfähigkeit der Demokratie

Digitalisierung ist ein disruptiver Prozess. Als disruptiver Prozess stellt er einen erhöhten Anpassungsbedarf an die Demokratie. Ein Faktor der klassischen Resilienz der Demokratie war ihre erhöhte Adaptionfähigkeit. Warum vor diesem Hintergrund der aus der Digitalisierung resultierende Adaptionbedarf die demokratische Vulnerabilität erhöht, soll im Folgenden diskutiert werden.

4. Porträt der Vulnerabilitäten zeitgenössischer liberaler Demokratien

Im ersten Schritt möchte ich auf das Individuum und seine Selbstkonzeptualisierung eingehen. Die Renaissance hat das Individuum als authentisches Selbst wieder in Geltung gesetzt und die liberale Demokratie zelebriert den normativen Individualismus. Der normative Individualismus war somit historisch konstitutiv für die Demokratie(theorie)entwicklung.

4.1 Die Kultur der Singularisierung

Andreas Reckwitz stellt die These auf, dass die Ökonomie und die Digitalisierung Motoren einer grundlegenden kulturellen Transformation sind, an deren Ende die Kultur der Singularität steht. Singularität erschöpft sich nicht in dem Konzept der Individualisierung, wie es unter anderem Beck als Signum der zweiten Moderne identifiziert hat. Die Kultur des Singulären umfasst nicht nur das Individuum, sondern zielt auch auf seine Umwelt: Es ist eine Kultur des Einzigartigen, des Einmaligen, eine Kultur der Differenz, die Konsumgüter und deren Aneignungsprozesse ebenso umfasst. Im Kern steht die expressive Dimension der Individualität, die veränderte Formen der öffentlichen Selbstdarstellung und neue Kommunikationsmodi erfordern.

Die Kultur der Singularität basiert auf der Vorstellung der Einmaligkeit des Individuums und dem Wert der Authentizität. Diese Kultur der Singularität impliziert eine starke Orientierung auf Affekte und Emotionen, denn beides besitzt die Air der Authentizität und der Einmaligkeit. Das spätmoderne Subjekt sucht seine Befriedigung im Besonderen. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die Kultur der Singularität erst durch Digitalisierung, Vernetzung, Social Media und Big Data Realität

werden konnte. Die Abkehr fordristischer Produktionsideale wurde durch die Erfindung von 3-D-Druckern forciert.

Die Bedeutung der Digitalisierung für die Kultur der Singularität ist jedoch zutiefst ambivalent. Denn die Herstellung des Besonderen basiert auf einer Infrastruktur des Allgemeinen. Das Internet mit seinen Standardisierungen und Protokollen ermöglicht es erst technisch, dass das Individuum sich als etwas Besonderes ästhetisch und performativ präsentieren kann.

Auf der Vorderbühne der Digitalisierung – auf Facebook, Instagram, Twitter – werden ständig Authentizitätsperformances aufgeführt, die der Zelebrierung des Besonderen und der Abwehr des Allgemeinen dienen. Das Internet ist nicht nur die Vorderbühne, es besitzt auch eine Hinterbühne, auf der, vermittelt durch Big Data, Prozesse der Rationalisierung und Standardisierung erfolgen. Diese Prozesse singularisieren das Individuum nicht, sondern standardisieren es.

4.1.1 Demokratiegefährdende Aspekte der Kultur der Singularität

Was folgt aus dem skizzierten Kulturwandel hin zu einer Kultur der Singularitäten für die Demokratie? Wie kann sich eine Gesellschaft organisieren oder demokratisch selbst regieren, wenn „sie sich an der scheinbar flüchtigen, scheinbar antisozialen Größe des Besonderen ausrichtet“ (Reckwitz)? Was bedeutet die Kultur der Singularität für Institutionen wie zum Beispiel Parteien und Verbände?

Big Data, Social Media und digitale Vernetzung erzeugen wie gesagt eine Vorder- und eine Hinterbühne. Die Vorderbühne sorgt dafür, dass die private Autonomie der Bürgerinnen und Bürger erhöht wird, indem die Freiheitsgrade des Expressiven zunehmen. Die Hinterbühne reduziert die öffentliche Autonomie der Bürgerinnen und Bürger.

Um diesen Punkt zu erklären, möchte ich auf eine Furcht des klassischen Liberalismus verweisen: jene vor der Tyrannei der Mehrheit, vor den dumpfen Affekten, vor der Unberechen- und Unregierbarkeit der Masse. Individualisierung und Rationalisierung waren die Gegengifte des Liberalismus, mit denen die Masse aufgelöst wurde in rationale, wenn auch egoistische Individuen. Die Biopolitik, die Foucault skizziert hatte, basierte darauf, dass Herrschaft dem Individuum nicht mehr äußerlich, sondern innerlich ist. Die Subjektivierung der Bürgerinnen und Bürger zu Herrschaftsobjekten markiert einen zentralen Wendepunkt in der Durchsetzung staatlicher Macht.

Was wir derzeit erleben, ist eine neue Form der Biopolitik. Im Gegensatz zur Moderne, in der die Subjektivierung darauf basierte, dass größere Personenkollektive identisch subjektiviert wurden (da dies ihre Regierbarkeit erleichtern würde), ermöglicht Big Data, dass Herrschaft in Form von Subjektivierung über das Ideal der Singularität ausgeübt wird. Denn unabhängig davon, für wie individualistisch, einzigartig und authentisch sich ein Individuum auf der Vorderbühne der Digitalisierung zu wissen glaubt: Auf der Hinterbühne zeigt Big Data, dass die meisten Menschen in ihren Handlungen und Einstellungen weitaus berechenbarer und weniger individuell sind, als die Kultur der Singularität dies vermittelt.

„Keine demokratische Kontrolle“

Folgt man Thomas Harris, ist Singularität in Verbindung mit direkter, personenzentrierter Ansprache basierend auf Big Data der Versuch, Herrschaft auszuüben. Die Subjektivierung und die Ausübung von Macht erfolgen nicht durch staatliche, sondern durch privatwirtschaftliche Akteure. Gerade hierin besteht das demokratisch Fatale dieser Entwicklung: Denn private, nutzenmaximierende Firmen unterliegen keiner demokratischen Kontrolle, im Gegensatz zum Staat. Auf der Ebene der Kommunikation folgt der Aufstieg des affektiven Aktualismus als korrespondierende Kommunikationsform der Kultur der Singularität. Emotionen und Affekte besitzen die Air der Authentizität und avancieren zum hegemonialen Kommunikationsmodus.

Affekte stehen jedoch im direkten Gegensatz zum rationalen und entemotionalisierten Kommunikationsmodus, den die liberale Demokratie und ihre Theorie in den letzten Jahrhunderten präferiert haben. Die Emotionalisierung des politischen Diskurses ist dementsprechend in den letzten Jahren intensiv als Verfallsmoment liberaler demokratischer Ordnung thematisiert worden.

Selbst eine liberale Demokratie benötigt ein Konzept eines schwachen demokratischen „Wir“, basierend auf dem Ideal, dass eine Gruppe von Menschen sich möglichst autonomeschonend selbst regieren will. Politik erfolgt im Medium des Rechts durch kollektiv bindende Entscheidungen.

Gerade dies wird in der Kultur der Singularität problematisch: Erstens sind Parteien nicht in der Lage, der Idee der Singularisierung zu entsprechen. Ihre Angebote korrespondieren noch immer mit dem fordristischen Ideal der Massenproduktion. Damit sind Parteien auf einer kulturellen Ebene nicht mehr kompatibel mit dem Kulturwandel, den Reckwitz für die Spätmoderne diagnostiziert. Zweitens impliziert die Allgemeinheit von Recht zwingend eine Negierung der Singularität. Die Bereitschaft, sich Recht zu unterwerfen, resultiert

aus der normativen Anerkennungswürdigkeit des inklusiven und vernünftigen Prozesses der Rechtsgenese. So zumindest die klassische liberale Vorstellung. Dies wird in der Kultur der Singularität infrage gestellt. Die Idee von Recht, dessen einheitlicher Bindekraft, steht in Opposition zur Kultur der Singularität.

Claus Offe hat in den 1980er Jahren eine demokratische Mindestanforderung spezifiziert, die für den demokratischen Nationalstaat galt: Mehrheiten dürfen keine permanenten und Minderheiten keine strukturellen sein. Nur wenn diese Bedingungen gelten, ist die Minderheit bereit, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen, denn nur unter dieser Bedingung kann die Minderheit bei einer späteren Entscheidung zur Mehrheit werden. Prozesse der Supranationalisierung haben dazu geführt, das die Einheit von Entscheidungsberechtigten und Entscheidungsbetroffenen zerfällt.

Das Internet als Kooperations- und Kommunikationsraum ermöglicht es nun, dass sich Gruppen jenseits von staatlichen, aber auch supranationalen Einheiten entlang von thematischen Fragen bilden und Einfluss auf Politik zu nehmen versuchen. Sie sind Teil einer (supra-)nationalen Governancestruktur, bei dem jedoch das Kriterium von Offe nicht mehr gilt. Denn das „Wir“, das sich in Mehrheit und Minderheit, in Gewinner und Verlierer demokratischer Entscheidungsprozesse ausdifferenziert, existiert nicht. Dementsprechend stellt sich die Frage, welche legitimatorischen, aber auch motivationalen Konsequenzen aus dieser Tatsache resultieren: Steigt oder sinkt die Bindekraft kollektiv verbindlicher Entscheidungen? Steigt oder sinkt die Legitimation solcher Entscheidungen?

Wichtiger ist, dass die Kultur der Singularität Hand an die zentralen sozialstaatlichen Leistungen legt. Dies geschieht nicht auf der Ebene der faktischen Leistungen, sondern auf der normativen Ebene der Solidarität. Demokratie und Solidarität sind zwei Konzepte, die genuin zusammengehören. Solidarität konkretisiert sich unter anderem im staatlichen Versicherungsprinzip (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und andere basieren auf dem allgemeinen Versicherungsprinzip).

Das Versicherungsprinzip kann reformuliert werden als die Kollektivierung individueller Risiken, als die Absicherung des Individuums gegen Risiken, die es nicht (kausal) zu verantworten hat (und nicht individuell überwinden kann), obwohl es persönlich von ihnen betroffen ist (individuelle Betroffenheit ohne individuelle Verantwortung).

Das Versicherungsprinzip gerät jedoch sowohl privatwirtschaftlich als auch staatlich zunehmend an seine Grenzen, denn es funktioniert nur dann, wenn die

durchschnittliche statistische Eintrittswahrscheinlichkeit für Risiken auf individueller Ebene zugrunde gelegt wird. Big Data ermöglicht es, die Granularität zu erhöhen, so dass die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken nicht mehr auf ein Kollektiv, sondern im Extremfall für einzelne Personen des Kollektivs berechenbar wird. Damit verliert das Versicherungsprinzip und die in ihm aufgehobene Idee der Solidarität ihre funktionale Notwendigkeit. Der Staat, der zur Einhegung kollektiver Risiken implementiert wurde, gerät zunehmend in ein Legitimationsdefizit.

„Stärkere Affektorientierung“

Doch nicht nur der demokratische Sozialstaat gerät in die Krise. Wichtiger ist, dass mit dem Ende des Versicherungsprinzips auf der Makroebene auch eine Veränderung der Leitidee des Bürgers korreliert. Denn die Risiken (und damit auch die Verantwortung) werden auf die Mikroebene des Individuums bezogen. Das verantwortungsvolle Individuum optimiert sich selbst so weit, dass es nicht in Gefahr gerät, Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Diese Entwicklungen intensivieren einen anderen Prozess, der seit fast 30 Jahren andauert: die Neoliberalisierung der Ökonomie und der staatlichen Politik.

Dass Parteien und Verbände in einer Kultur der Singularität gleichsam aus der Zeit gefallen sind, ist selbstevident. Die Frage, welche Institutionen oder Organisationsformen an ihre Stelle treten können, ist noch offen. Ein Blick nach Frankreich zeigt, das politische Bewegungen eine Alternative in einer Kultur der Singularität darstellen. Denn ihr geringerer Grad an Institutionalisierung, ihre stärkere Affektorientierung und stärkere Fokussierung auf ein Leitthema entsprechen der Singularität weitaus stärker als Parteien.

Die ökonomische Dimension der Digitalisierung wird in der Regel unter dem Stichwort des Informationskapitalismus diskutiert. Der Informationskapitalismus führt zu neuen Formen von Macht, die den klassischen Machtressourcen des Staates in nichts nachstehen. Der Informationskapitalismus ist vielfach analysiert worden, deshalb soll an dieser Stelle ein Hinweis ausreichen: Er wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in Überwachungsgesellschaften münden. Diese Überwachungsgesellschaften können staatlicher oder privatwirtschaftlicher Natur sein. Vor dem Hintergrund der stärkeren Regulierung und Verrechtlichung ist es jedoch wahrscheinlicher, dass die Überwachungsgesellschaften privatwirtschaftlicher Natur sein werden. Dies bezieht sich auf jene Daten, die in den Social Media abgegriffen und durch Big Data analysiert werden können.

Der zunehmende Trend zur Kontrollgesellschaft wird durch ein anderes Phänomen intensiviert: das Internet of Things (IoT), das heißt durch Daten, die automatisch generiert werden, ohne dass hierfür eine menschliche Interaktion notwendig ist.

4.2 Hohe Anpassungsfähigkeit der Demokratie

Die Herausforderungen, die sich durch Digitalisierung für eine Kultur der Singularität ergeben, sind für die Demokratie gravierend. Es wurde gesagt, dass die Anpassungsfähigkeit der Demokratie in der Vergangenheit einen Faktor ihrer Resilienz darstellte. Anpassungsfähigkeit wird in der Resilienzforschung als ein Kontinuum betrachtet. Es gibt Anpassungen, die den normativen Kern einer Institution bewahren, und jene, die so weitreichend sind, dass sie zentrale Werte und Normen preisgeben. Dies ist aus einer Resilienzperspektive die entscheidende Herausforderung: Die zentrale Aufgabe für die Demokratie(theorie) besteht in den nächsten Jahren darin, die normativen Ideale von Demokratie zu identifizieren und sie von den historisch kontingenten Formen ihrer Realisierung zu entkoppeln. Denn Prozesse der Digitalisierung zwingen uns, klassische, seit Jahrhunderten etablierte Formen der politischen Willensbildung kritisch zu hinterfragen und (vermutlich) zu suspendieren.

Doch solange wir in der Lage sind, mit institutioneller Fantasie Alternativen zu identifizieren und zu implementieren, die ebenjene normativen Ideale und Werte in anderer Form realisieren, verteidigen wir die Demokratie. Doch sowohl in der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion als auch in den Think-Tanks verlieren bestimmte demokratische Ideale so sehr an Wert, dass nicht ihre historisch kontingente Implementierung, sondern die Ideale selbst suspendiert werden.

Die Arbeiten des Progressiven Zentrums in Berlin und jene des Kollegen Helmut Wilke basieren auf dem Argument, dass Politik so komplex geworden ist und die epistemischen Anforderungen an Politik so hoch sind (also die Qualitätsanforderungen an den Output des demokratischen Prozesses), dass es aus funktionalen Gründen nicht mehr geboten ist, dass Ideal der politischen Gleichheit – konkretisiert im „One-Person-One-Vote“-Prinzip – weiterhin aufrechtzuerhalten.

Das Progressive Zentrum argumentiert, dass das allgemeine Wahlrecht entscheidungsspezifisch eingeschränkt werden soll. Gruppen der Bevölkerung sollen über bestimmte Fragen in allgemeinen Wahlen und Abstimmungen nicht mehr entscheiden, und zwar fallspezifisch. Damit wird das Ideal der politischen Gleichheit außer Kraft gesetzt.

Wilke will ebenfalls die Qualität demokratischer Entscheidungen verbessern. Er geht nicht davon aus, dass man das „One-Person-One-Vote“-Prinzip aufgeben soll. Vielmehr schlägt er vor, dass das Parlament bei Sachfragen, in denen es seine eigene Problemkompetenz für nicht hinreichend hoch einschätzt, die Entscheidungskompetenz an Expertenkommissionen auslagern kann, die dann mittels delegierter Legitimation politische Entscheidungen in Form von Gesetzen treffen.

Lange Legitimationsketten sind in Demokratien die Regel. Die demokratische und legitimatorische Selbstentmächtigung von Parlamenten – wenn auch problemspezifisch – ist neu. So kann sich eine unheilige Allianz bilden: Liberale Demokratietheoretiker, die bereit sind, zentrale Werte und Normen der Demokratie zu suspendieren, vereinigen sich mit den Technologieführern aus dem Silicon Valley, für die Demokratie eine veraltete Herrschaftsform ist: „Die Demokratie ist eine veraltete Technologie [. . .]; sie hat Reichtum, Gesundheit und Glück für Milliarden Menschen auf der ganzen Welt gebracht. Aber jetzt wollen wir etwas Neues ausprobieren.“ Innovationsfanatiker könnten im Zuge ihrer Rettung zu den Totengräbern der Demokratie werden.

5. Zivilgesellschaftliches Problembewusstsein als Resource demokratischer Resilienz

Diese Entwicklungen sollten wir als Mitglieder der Zivilgesellschaft mit größter Skepsis betrachten und wenn möglich beenden. Insbesondere die antidemokratischen Haltungen der großen IT-Firmen sollten uns suspekt sein. Wie die demokratische Resilienz gegen diese Herausforderungen gestärkt werden kann, ist eine offene Frage. Das Bewusstsein für die hohe Fragilität der demokratischen Regierungsform und ihrer Unterhöhlung durch eine Kultur der Singularität sind ein erster Schritt, um den Kerngehalt der Demokratie in die Zukunft zu retten.

*

Gary S. Schaal ist Professor für Politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Politischen Theorie, der Emotions- sowie der empirischen Demokratieforschung. Er ist Mitglied des deutschen Lenkungskreises der europäischen Infrastruktur für digitale Forschungsdaten Clarin und der Planungsgruppe „Digitalisierung und Demokratie“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

■

„Mentale Umweltverschmutzung“

Auf dem Weg in die desinformierte Gesellschaft / *Von Stephan Ruß-Mohl*

Wir haben es mit Dambrüchen, mit Zäsuren, mit einem postfaktischen Zeitalter und wahrscheinlich auch mit so etwas wie der „Infokalypse“ zu tun. Wir sollten uns klarmachen, dass die Fake News, die wir – hypeartig – diskutieren, nur die Spitze des Eisbergs sind. Das eigentliche Problem ist die Desinformation. Und die hat mit Viertel- und Halbwahrheiten zu tun, mit Konspirati-onstheorien und mit einem zunehmenden Einfluss, den Propaganda auf unsere öffentliche Kommunikation hat. Wobei Propaganda die Steigerung von PR ist, darauf komme ich gleich zu sprechen.

Für mich ist Desinformation die Pest der digitalisierten Gesellschaft. Vorurteile, Glaubensbekenntnisse, Gefühle und Verschwörungstheorien verdrängen derzeit das gesicherte Wissen. Das ist insbesondere eine Herausforderung für den Journalismus, für die Wissenschaften, aber auch für unsere Demokratie und unsere freiheitliche Gesellschaft. Deshalb ist die zentrale Frage: Wie lassen sich Infomüll und mentale Umweltverschmutzung eindämmen? Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, muss man sich zunächst klarmachen, was in den vergangenen Jahren passiert ist und warum der Journalismus mehr oder minder im Bermudadreieck zu verschwinden droht.

„Wir wandern kollektiv ins Internet“

Der Journalismus ist aus meiner Sicht von drei Seiten massiv in Bedrängnis geraten. Da ist der Markt, oder wenn wir präziser sind, wir alle – das Publikum. Wir wandern kollektiv ins Internet, und insbesondere die junge Generation erwartet dort alles, was bisher bezahlt wurde, gratis. Das funktioniert natürlich nicht. Es funktioniert auch deshalb nicht, weil es im Bereich der Werbung, die immer schon zu einem Großteil den Journalismus finanziert hat, ähnliche unerwartete Prozesse gibt. Die Werbung wandert mit uns, den Publika, ins Internet. Dort herrscht sehr viel mehr Wettbewerb, weil der nächste Konkurrent nur einen Mausklick weit weg ist. Das bedeutet, dass die Margen, die im Internet mit Werbung zu erzielen sind, deutlich schrumpfen gegenüber Print oder TV.

Hinzu kommt, dass im Internet die Suchmaschinen und die sozialen Medien den klassischen Medien, die den Journalismus finanzieren, im Grunde genommen fast alle Erlöse wegnehmen. Man könnte fast von Stehlen reden. Stehlen deshalb, weil die klassischen Medien weiterhin die wichtigen Inhalte produzieren, Google und Facebook diese jedoch nur verteilen und damit trotzdem

den Löwenanteil der Werbeerlöse bekommen. Nur weil sie eine Dienstleistung anbieten, die herkömmliche Medienunternehmen nicht anbieten können. Big Data ist das Stichwort dafür, das heißt: Sie wissen alles über uns, und deshalb können sie Werbebotschaften zielgenau platzieren. Herr Schaal hat es eben erwähnt, manchmal machen Amazon, Facebook & Co noch Fehler, aber warten wir einmal fünf Jahre, wie zielgenau es dann sein wird.

Hinzu kommt noch, dass es Anbieter gibt, die zumindest für Privatpersonen im Internet alle Kleinanzeigen gratis anbieten. Auch das war einmal ein wichtiges Geschäftsfeld für Printmedien.

„Geöffnete Schleusen“

So weit das „conventional wisdom“. Was meist außer Acht gelassen wird in der Diskussion, sind der Einfluss und die Rolle, die PR in diesem Bermudadreieck spielt. Aus meiner Sicht nimmt sie überhand. PR nutzt gezielt die geöffneten Schleusen, die durch schrumpfende Redaktionen entstanden sind. Und es kommt noch schlimmer, denn PR ersetzt inzwischen zum Teil auch Werbung. Soll heißen, wer immer über seine Kommunikationsstrategie ernsthaft nachdenkt, wird sich fragen, ob er teure Inserate schalten soll, wenn er seine Messages oftmals viel billiger über PR in die Redaktionen und damit in die Öffentlichkeit hineinbringen kann. Schließlich ist es auch noch viel glaubwürdiger als teure Werbung, wenn eine Redaktion gleichsam mit einem Mausklick eine Pressemeldung in Journalismus verwandelt.

Der Journalismus ist somit von drei Seiten massiv unter Druck: durch das ins Netz abgewanderte Publikum, durch die Dominanz von Google und Facebook und damit den Verlust von Werbeeinnahmen sowie durch PR, die journalistische Inhalte ersetzt oder zumindest deformiert. Der Journalismus ist aber auch deshalb unter Druck, weil er selber im Lauf der vergangenen zwanzig, dreißig Jahre vieles falsch gemacht hat.

Jetzt bin ich bei der Vorder- und Hinterbühne angelangt. Schauen wir zunächst auf die Hinterbühne. Wie funktionierte im klassischen „alten“ Journalismus der Austausch zwischen PR, zwischen dem Quellensystem und dem Journalismus? Wir haben auf der einen Seite Informationsangebote der PR-Seite. Sie bestehen in der Regel nur aus der halben Wahrheit, aber im klassischen Kommunikationsmodell waren das zumindest keine

Halbwahrheiten. Es gab immer schon „subsidies“: Oscar Gandy von der Annenberg School for Communication an der University of Pennsylvania hat bereits 1982 darauf aufmerksam gemacht, dass der PR-Sektor den Journalismus subventioniert, weil er gratis Informationen anliefert und damit den Journalisten in den Redaktionen Arbeit abnimmt. Und auf der anderen Seite war das immer auch etwas, was die Verhaltensökonom Cass Sunstein und Richard Thaler als „nudges“ bezeichnen würden, als Anstöße zur Berichterstattung, die von den Journalisten mehr und mehr aufgegriffen wurden. So viel zur Hinterbühne, wo für die Redaktionen traditionell seit langem „alles gratis“ läuft.

Auf der Vorderbühne haben wir, die Publika, im alten System bezahlt, zum Teil mit unserem Geld, immer mit unserer Aufmerksamkeit. Als Gegenleistung haben wir von den Journalisten, von den Medien einigermaßen verlässliche Nachrichten und Informationen erhalten. Wenn wir Glück hatten, haben die Journalisten die Pressemeldungen sogar gecheckt, ergänzt und darüber nachgedacht. Trotzdem haben Wissenschaftler in Studien, die ARD und ZDF bis in die 90er Jahre hinein finanziert haben, nachgewiesen, dass es bereits seit den 70er Jahren einen fortschreitenden Vertrauensverlust gegenüber den Medien gab. Das hat Journalisten nie interessiert, obwohl sie es hätten wissen können und wissen sollen. Irgendwann wurden die Studien dann eingestellt. Wahrscheinlich wollten ARD und ZDF diese Zahlen einfach nicht mehr sehen, so vermute ich, aber das ist eine bössartige Bemerkung meinerseits.

„Wachstumsbranche PR“

Wie sieht es heute aus? Laut jüngsten Studien soll das Vertrauen in Medien wieder gewachsen sein – kurzfristige Schwankungen, wie sie eben allemal vorkommen, die aber von vielen Journalisten gleich zur Trendwende gehypt wurden. Langfristig ist der journalistische Bereich im Vergleich zu anderen Berufen weiterhin im Minus und rangiert, was die Vertrauenswürdigkeit angeht, weit abgeschlagen.

Womit hat das zu tun? Aus meiner Sicht sehr viel mit PR. Das ist seit den 70er, 80er Jahren eine Wachstumsbranche gewesen, die stetig, aber sehr selektiv, den Medien Beiträge geliefert hat. Allein schon diese Gratisanlieferungen haben Medienmanager, die Geld verdienen wollten, veranlasst, nachzudenken, ob in ihrer Redaktion so viele Journalisten gebraucht werden. Wenn die Nachrichten tagtäglich gratis kommen, brauchen Redakteure nur noch auszuwählen, und damit können Stellen eingespart werden. Das ist schon in der „guten“ alten Zeit tendenziell passiert, als Medienunternehmen und Redaktionen noch Geld verdienten. Um dies zu unterstreichen, einige Zahlen: In den 80er Jahren war in

den USA das Verhältnis zwischen PR und Journalismus noch einigermaßen ausgeglichen. Da kam auf einen PR-Profi in etwa ein Journalist. Knapp 30 Jahre später kamen auf einen Journalisten in den USA ungefähr fünf PR-Leute.

Das ist nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Übermacht, die den Journalismus überrollt. Die PR-Leute von heute sind viel besser ausgebildet als vor vier oder fünf Jahrzehnten. Man kann inzwischen nur noch selten als Journalist in den PR-Sektor wechseln, denn heute ist das ein hochprofessionelles eigenes Arbeitsfeld; und auch wenn man Journalist ist, beherrscht man dieses Geschäft noch lange nicht.

Dabei ist die wechselseitige Wahrnehmung von PR-Leuten und Journalisten sehr interessant. Einem Münchner Forscherteam um den Kommunikationswissenschaftler Thomas Koch zufolge, der jetzt an der Gutenberg-Universität Mainz lehrt, glaubt knapp die Hälfte der PR-Experten – wohl realistischerweise –, dass sie großen Einfluss auf journalistische Arbeit haben. Aber nur 20 Prozent der Journalisten wollen das wahrhaben. Noch nicht einmal ein Drittel der Journalisten konzediert, dass ihre Arbeit viel schwieriger wäre ohne PR-Zulieferungen, PR-Leute konstatieren das mit einer satten Zweidrittelmehrheit.

Die Quintessenz daraus lautet – so John Lloyd und Laura Toogood vom Reuters Institute for the Study of Journalism in Oxford: „Public Relations wird vom Journalismus unabhängiger, während der Journalismus immer mehr in die Abhängigkeit von PR gerät.“ So viel zum ersten Trend, der noch gar nichts mit der Digitalisierung zu tun hat.

„Journalistische Warnrufe“

Seit einigen Jahren kippt die Aufmerksamkeitsökonomie und droht mehr und mehr, eine Desinformationsökonomie zu werden. Zwar behaupten manche, Fake News seien nichts Neues. In gewisser Weise stimmt das auch. Es gibt ja frühe Beispiele dafür, der Zweite Weltkrieg hat ebenso mit Falschmeldungen begonnen wie der US-amerikanische Krieg gegen Saddam Hussein, die Tabakindustrie und die Ölindustrie haben beispielsweise jahrzehntelang Fake News verbreitet und dafür auch noch Wissenschaftler bezahlt.

Insofern ist das Phänomen nicht neu. Was aber neu ist, sind Qualität und Quantität, mit der wir es heute bei der Desinformation zu tun haben. Für mich waren die ersten Irritationspunkte 2008 während der Banken- und Finanzkrise erkennbar. Da gab es zwar vereinzelte journalistische Warnrufe, die aber unter der Flut positiv gefärbter PR-Meldungen weggeschwemmt wurden. Ein

Kollege hat das verglichen mit einem Korken, der die Niagarafälle herunterpurzelt. Die Niagarafälle sind das, was an Meldungen über den vermeintlich erfolgreichen Banken-, Finanz- und Wirtschaftssektor verbreitet wurde, und der Korken verkörperte die wenigen journalistischen kritischen Stimmen im Vorfeld.

Nächste Stationen sind die Desinformationskampagne über die Ukraine, die Brexit-Kampagne und die jüngsten Wahlkämpfe in den USA und in Frankreich. Im Blick auf die deutsche Bundestagswahl 2017 wissen wir noch nicht so ganz genau, was hinter den Kulissen gelaufen ist. Vermutlich mehr, als uns bisher bekannt ist.

Dass die Aufmerksamkeitsökonomie sich längst zur Desinformationsökonomie weiterentwickelt, zeigt sich also einerseits am veränderten Quellensystem, das nicht mehr nur die halbwegs seriösen PR-Experten alter Schule einschließt, sondern zu dem immer mehr auch sogenannte Spindoktoren gehören, ebenso wie *Citizen Journalists*, die zum Teil naiv agieren, aber eben doch präsent sind als Blogger, Trolle und schließlich Social Bots, also Roboter.

„Frei erfundene Geschichten“

Auf der anderen Seite bedeutet das, dass der öffentliche Raum nicht mehr nur vom Journalismus beherrscht wird, sondern auch von der Blogosphäre, von den sozialen Netzwerken, von neuen, nichtprofessionellen Gatekeepern und last not least von Algorithmen geprägt wird. Und damit wird es möglich, dass ein US-amerikanischer Präsident nicht nur gelegentlich schwindelt, sondern täglich ungefähr drei Lügengeschichten verbreitet und trotzdem weiter regieren darf.

Und es passiert, dass sich Fake News viral verbreiten, wie zum Beispiel die absurde Meldung, dass Papst Franziskus Donald Trump in der Wahl unterstützt habe, die 960.000 Mal in den USA geteilt wurde. Oder die abstruse Geschichte, die als „Pizzagate“ bekannt wurde und Hillary Clinton und ihren Wahlkampfmanager John Podesta als Betreiber eines Rings für Kinderpornografie darstellte. Oder hierzulande die Story der 13-jährigen russisch-stämmigen Lisa, die angeblich vergewaltigt wurde. Alles Beispiele für frei erfundene Geschichten, die sich viral verbreiteten. In seinem neuen Buch „Die neue Gereiztheit“ stellt Bernhard Pörksen Lisas Geschichte noch einmal im Detail dar, das ist nachlesenswert.

Das Onlinemagazin „Motherboard“ unternahm im Herbst 2017 den Versuch, Falschmeldungen auf Facebook zu quantifizieren, und hat sich dafür insgesamt knapp 2.000 Posts angesehen. Davon wurden zehn Prozent als falsch und weitere 15 Prozent als „Na ja“-Meldungen eingestuft, also als Meldungen, die halb richtig, halb

falsch sind. Motherboard schreibt dazu: „Ob hinter den fehlerhaften Informationen gezielt Lügen, Propaganda, handwerkliche Fehler, Zeitdruck oder der Wunsch nach Klicks steckt, ist kaum nachzuweisen.“ Das ist alarmierend genug. Aber noch alarmierender ist, dass sich die falschen Nachrichten viel schneller und viel weiter verbreiten als die Informationen, die halbwegs stimmen und journalistisch recherchiert sind. Dazu tragen Facebook und andere soziale Netzwerke erheblich bei.

Wie sehr die Kriterien der sozialen Netzwerke auch längst redaktionelle Entscheidungen beeinflussen, zeigten eine Geschichte und ihre Illustration. Die „New York Times“ berichtete über „Why Women Had Better Sex Under Socialism“ und illustrierte dies mit einem wenig passenden Foto. Das Bild zeigt eine betulich wirkende Frau mit Kopftuch und Heugabel. Man vermag sich nicht wirklich vorzustellen, dass diese Ikone des Arbeiter- und Bauernstaates wirklich mit Freude Sex gehabt hat. Der Schweizer „Tagesanzeiger“ übernahm diese Geschichte mit Quellenangabe aus der „New York Times“, aber bebilderte sie ganz anders – mit einer jungen, nackt badenden Frau voll erkennbarer Lebensfreude.

Was passiert aber jetzt auf Facebook? Dort wird die „Tagesanzeiger“-Version der Geschichte, die mit der nackten Badenden illustriert ist, zensiert. Die NYT-Version mit der braven Bauersfrau darf dagegen geteilt werden. Auch so kann man Wahrheit verbiegen. Wer bei Facebook erfolgreich Shares haben will, muss seine Geschichten so präsentieren, wie die „New York Times“ das gemacht hat, die natürlich die Facebook-Selektionsmechanismen kennt. Sonst hätte man sich auch dort sicherlich nicht für eine solch absurde Illustration entschieden.

„Medial beförderte Parallelgesellschaften“

Ein weiteres Phänomen, das uns beunruhigen muss, sind medial beförderte Parallelgesellschaften, die es längst auch in der Bundesrepublik gibt. Wir beobachten fast ausschließlich die Medien, die auf Deutsch erscheinen. Aber Wladimir Putin hat seine russischen und Recep Tayyip Erdogan hat seine türkischen Medien. Und beide Regierungen verbreiten – ungestört und ungestraft – ihre Propaganda und erreichen große Bevölkerungsanteile von Deutschrussen und Deutschtürken, Menschen, die jeweils beide Sprachen sprechen und die als Multiplikatoren dieser Propaganda wirken. Das erklärt wohl auch, warum die Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken für Erdogans sogenannte Verfassungsreform gestimmt hat. Und das zeigt, dass die Leute nie in unserer Demokratie angekommen sind, sonst hätten sie so nicht abstimmen dürfen.

Jetzt zu den Social Bots: Simon Hegelich, der an der Technischen Universität München eine Professur für Political Data Science innehat, zeigte uns schon vor einiger Zeit, dass 10.000 Twitter-Konten für 500 Dollar zu kaufen sind. Und es kostet so gut wie nichts, wenn man programmieren kann, diese Accounts mit Roboterintelligenz auszustatten. Hegelich geht davon aus, dass ein erheblicher Anteil aller Twitter-Messages von Social Bots stammen könnten, mit zunehmender Tendenz. Das wurde jüngst auch durch eine Studie aus Oxford bestätigt, Phil Howard und sein Team stellten fest: Bots stellen ein halbes Prozent aller Nutzerkonten, aber sie produzieren fast ein Viertel aller Meldungen, die Twitter verbreitet. Jacob Harris, ein früherer Software-Experte der „New York Times“, sieht das so: „Die Bullshit-Woge nimmt überhand, und jetzt ist es an uns, herauszufinden, wie wir von ihr nicht fortgeschwemmt werden.“

Was also tun? Der Blick auf den traditionellen Journalismus macht uns auch nicht hoffnungsfroh. Dort haben wir es häufig mit Herdentrieb zu tun, der besorgniserregend ist. Die Kommunikationswissenschaftler Hans Mathias Kepplinger und Richard Lemke haben untersucht, wie in vier Ländern über Fukushima berichtet wurde. Sie konnten zeigen, dass die Berichterstattung in der Schweiz und in Deutschland völlig anders ausgerichtet war als in Frankreich und in Großbritannien – mit den bekannten Folgen, was die politischen Entscheidungen über die Weiterverwendung von Kernenergie betrifft.

Nach Kepplingers und Lemkes Ergebnissen haben die deutschen und die Schweizer Medien vor allem darüber nachgedacht, ob ein solches Reaktorunglück wie in Japan auch bei uns passieren könnte. Sie haben dramatisiert und dabei nicht mehr auseinandergehalten, ob Opfer durch den Tsunami oder den Reaktorunfall zu Tode kamen, sondern sie größtenteils als Nuklear-Tote bezeichnet. Die britischen und die französischen Medien wiederum hatten einen anderen Blick, sie berichteten – zutreffend – über die Opfer als Tsunami-Tote. Man darf annehmen, dass sich die unterschiedlichen politischen Entscheidungen zumindest ein Stück weit erklären lassen durch die unterschiedliche Medienberichterstattung. Was die Mainzer Forscherkollegen nicht untersucht haben, ist, inwieweit möglicherweise unterschiedliches Spoonfeeding durch PR in den vier Ländern zu dieser unterschiedlichen Medienberichterstattung geführt hat. Das wäre aus meiner Sicht eine spannende Zusatzstudie.

Und was tut die Politik? Mit Blick auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben wir es mit einem Eigentor zu tun. Das Gesetz hat binnen kurzem seine Untauglichkeit bewiesen. Es gab Twitter-Sperrungen in vorausweisendem Gehorsam, es gab unnötige Publizität für eine AfD-Politikerin, und es gab unnötige Zensur eines Sati-

remagazins. Und das alles in den ersten zwei Tagen des neuen Jahres. So funktioniert es nicht, wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir die Plattformbetreiber in ihre publizistische Verantwortung zwingen.

Viele haben die Hoffnung, dass Faktenchecks funktionieren könnten. Mehr als 100 Organisationen widmen sich inzwischen gezielt dieser Aufgabe, davon rund die Hälfte in Europa. So wichtig sie sind, wir sollten uns davon nicht allzu viel erwarten. Denn wir haben es mit Echokammern zu tun. Das heißt, die Seite, die Fakten korrigieren will, erreicht in der einen Echokammer ihr Publikum, und diejenigen, die die Fake News weiterhin glauben, sitzen in der anderen Echokammer. Diese jeweiligen Echokammern sind klar voneinander getrennt.

Der Schweizer Kolumnist Kurt W. Zimmermann, der das Mediengeschäft als Chefredakteur und Manager kennt, sagt das so: „Zeitung lesen ist heute kein intellektuelles Stimulans mehr, es ist Kampflernen geworden. Kampflernen heißt, dass anderslautende Meinungen nicht mehr angehört, sondern vernichtet werden müssen. . . Wehe, ein Blatt wagt es, eine unerwartete Position zu präsentieren. Am gleichen Tage wird das Abo aufgelöst und auf Twitter und Facebook aggressiv mitgeteilt, man lese diesen Dreck nicht mehr.“ Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit“, hat sich kürzlich ähnlich geäußert.

Was bleibt als Gegenwehr? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns eingestehen, dass wir bestenfalls am Anfang sind. Wir müssen die „Impfstoffe“ erst noch finden, die Fake News verbreiten sich schneller als die Korrekturen, und die Echokammern sind gegeneinander abgeschirmt. Ein erster Schritt allerdings könnte sein, dass Facebook und Google dafür sorgen, dass die Fake-News-Verbreiter nicht auch noch an den Werbeerlösen partizipieren, also dass mit Falsch- und Desinformation nicht auch noch Geld zu verdienen ist.

„Lehrer ohne Medienkompetenz“

Und natürlich ist die vielstrapazierte Medienkompetenz wichtig, oder besser gesagt: wäre wichtig. Die Studie eines Forscherteams um Lutz M. Hagen von der Technischen Universität Dresden zum Thema „Nachrichtenkompetenz durch die Schule“ hat kürzlich gezeigt, dass es hier wenig Anlass zur Hoffnung gibt. Die Kollegen haben zeigen können, dass auf allen Ebenen, von der Kultusministerkonferenz angefangen bis zu den Studierenden, die Lehrer werden möchten, das Thema zwar präsent ist, aber dass nichts passiert, sich nichts ändert und nichts getan wird. Wenn Lehrer keine Medienkompetenz haben, wie sollen sie dann Medienkompetenz an ihre Schülerinnen und Schüler vermitteln? Und woher

sollen die Lehrer die Medienkompetenz haben, wenn sie ihnen während ihres Studiums nicht vermittelt wird?

Das ernüchternde Untersuchungsergebnis aus dieser Studie ist, dass die künftigen Lehrer, die kurz vor dem Examen stehen, sich des Problems bewusst sind und eigentlich Medienkompetenz vermitteln wollen, dass sie jedoch so gut wie nichts über Journalismus und Medien wissen und damit de facto gar nicht vermitteln können, was zu vermitteln wäre (► <http://u.epd.de/zpn>).

Was können wir also tun? Wir sollten versuchen, beim „March for Science“ anzuknüpfen, und unseren Beitrag dazu leisten, dass Journalisten und Wissenschaftler

in vielfacher Weise enger zusammenarbeiten, als das bislang passiert. Das ist ein kleiner, aber nicht zu unterschätzender Beitrag. Ich habe nicht sehr viele Patentrezepte zu bieten, aber ich möchte Albert Camus zitieren: „Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“ Dieses Zitat begleitet mich schon lange, und ich bin entschlossen, weiterhin Sisyphosarbeit zu leisten.

*

Stephan Ruß-Mohl ist Professor für Journalistik und Medienmanagement an der Università della Svizzera italiana Lugano. ■

„Die Informationsflut filtern“

Kontrolle und Gestaltbarkeit künstlicher Intelligenz / Von Katharina Zweig

Wer von Ihnen ist heute schon künstlich intelligent? Niemand? Keine künstlichen Intelligenzen anwesend? Dann die Gegenfrage: Wer hat sein Handy mitgebracht? Dann sind Sie auch künstlich intelligent unterwegs! Es ist offensichtlich: wir brauchen unsere digitalen Assistenten. Wir werden mit Informationen überschwemmt, und digitale Helfer unterstützen uns, die Informationsflut zu filtern. Die Frage ist aber, wie wir sie gestalten. Denn eines kann keiner wollen: Dass Sie sich nicht mehr informiert fühlen! Und zu viel Information ist dabei definitiv kontraproduktiv. Gerne hätten wir eindeutige Richtungsweiser, die uns sagen, wo es lang geht, und was wir tun müssen. Oder vielleicht doch nicht?

Dazu werfen wir einen gemeinsamen Blick in die Welt der Technik und schauen uns an, wie Maschinen lernen, denn das stellt die Grundlage für die leistungsfähigsten digitalen Assistenten dar. Dabei ist es wichtig festzuhalten: Bei einer echten künstlichen Intelligenz sind wir noch nicht. Künstliche Intelligenz hieße im eigentlichen Sinn, dass hier ein Roboter stünde, den Sie von einem Menschen gar nicht mehr unterscheiden könnten. Es gibt Leute, die glauben, dass wir das bald erreicht haben werden; ich bin an dieser Stelle skeptisch. Das, was wir momentan sehen, ist im Wesentlichen maschinelles Lernen. Die beiden Begriffe – Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen – werden häufig miteinander verwechselt.

Was maschinelles Lernen bedeutet, das möchte ich Ihnen erklären, denn das ist es, womit wir heute zu tun haben. Dazu muss ich zunächst sagen, was ich als Informatikerin unter Lernen verstehe, denn bei

Pädagogen ist dieser Begriff natürlich deutlich anders definiert. Ganz einfaches Lernen heißt, in derselben Situation ein vorher gezeigtes Verhalten zu wiederholen: Unseren Kindern bringen wir zum Beispiel bei, „Danke“ zu sagen, wenn sie ein Geschenk bekommen. Wenn wir das generalisieren wollen, dann heißt Lernen, dass wir die Art von Situation erkennen und dann aus einer Reihe von Verhalten das richtige Verhalten auswählen.

„Für jede Speise eigene Regeln“

Das erkläre ich gerne am Beispiel meines dreijährigen Sohnes. Er musste vor circa anderthalb Jahren lernen, den Unterschied zwischen warmem und heißem Essen zu verstehen. Am Anfang war er viel zu vorsichtig und alles musste kalt sein, und Mama musste drei Mal umrühren und pusten. Natürlich ist der kleine Junge dann irgendwann zu mutig geworden und hat sich verbrannt. Folglich durfte das Essen ab da zwar vom Herd kommen, aber nicht dampfen, da er den Dampf für das wichtigste Indiz hielt, dass etwas zu heiß ist. Das heißt, er lernt durch ein Wechselspiel von Informationen und Regeln, die er daraus bildet. Jede neue Information bietet ein Feedback und verstärkt oder verändert seine bisher gebildeten Regeln.

Wie also lernt Sebastian?

- durch Rückkopplung: Etwas ist unerwartet heiß oder unerwartet kalt
- durch Speicherung in einer Struktur: In seinem Fall sind dies Neuronen und deren Verknüpfung

- durch sehr viele Datenpunkte
- durch Generalisierung des Gelernten

Der letzte Punkt ist wichtig: Kinder versuchen natürlich zu generalisieren, denn wenn Sebastian jetzt nur verstehen würde, wie heiße Tomatensuppe aussieht und das nicht auf Kartoffelsuppe übertragen könnte, dann wäre er sein ganzes Leben lang damit beschäftigt, für jede Speise eigene Regeln zu entwickeln. Diesen Lernprozess haben wir nun auf den Computer zu übertragen. Das heißt, damit ein Computer lernen kann, braucht auch er eine Speicherstruktur, in der die Regeln abgelegt werden können. Auch Computer können sehr viel besser lernen, wenn sie ebenfalls Rückkopplung bekommen – es ist aber nicht unbedingt notwendig. Unsere Lernalgorithmen versuchen ebenfalls zu generalisieren, damit sie neue Situationen möglichst gut einschätzen können.

Zurück zu den Strukturen, in denen gespeichert werden kann. Ich nenne hier beispielhaft vier Strukturen.

1. Unsere Algorithmen können versuchen, Daten zu clustern und in Häufungspunkte zu unterteilen.
2. Wir können mit Formeln arbeiten.
3. Wir können mit etwas arbeiten, das sich Entscheidungsbaum nennt.
4. Die berühmten neuronalen Netze.

Das zugrundeliegende Konzept ist immer dasselbe: Maschinen lernen, indem sie sich Korrelationen anschauen. Dazu ein Beispiel mit echten Stundenlohnaten von Angestellten aus Seattle im US-Bundesstaat Washington. Trennt man die Daten nach Frauen und Männern auf, sieht man, dass es sehr viel mehr Frauen mit einem Stundenlohn von 20 US-Dollar gibt als Männer und dass insgesamt der Durchschnittslohn niedriger ist. Stellen Sie sich jetzt vor, Sie seien die Abteilungsleiterin in einer der Behörden und es wäre eine Person neu eingestellt worden. Auf dem Zettel auf Ihrem Schreibtisch steht: „Bitte begrüßen Sie doch ...“, aber irgendjemand hat seinen Kaffee darüber geschüttet und Sie können wegen der Kaffeeflecken nicht mehr erkennen, ob es Frau oder Herr Miller heißt. Sie sehen aber, dass die Person einen Stundenlohn von 20 US-Dollar hat. Die Firmenpolitik verlangt, die Person korrekt in der E-Mail anzusprechen. Entscheiden Sie sich für die Anrede Mr. oder Ms Miller? Die einzige Information, die wir haben, ist, dass es zu 65 Prozent aller Personen mit einem Stundenlohn von 20 US-Dollar Frauen sind – wir entscheiden uns also für „Ms Miller“, obwohl wir wissen, dass wir damit in 35 Prozent der Fälle einen Fehler machen. Der Stundenlohn

ist also mit dem Geschlecht „korreliert“, wenn auch nicht zu 100 Prozent.

„Eine bessere Entscheidung“

Was können Computer in dieser Situation besser als wir? Sie können in viel mehr Daten nach viel mehr möglichen Korrelationen suchen, und sie können auch schwächste Korrelationen noch berücksichtigen. Das ist es, was Computer besser können als wir. Und die vom Silicon Valley ausgehende Hoffnung und Verheißung ist, dass man all diese Korrelationen nimmt, den Computer rechnen lässt und dieser damit eine bessere Entscheidung trifft als wir Menschen es tun würden. Wie sieht das im Netz aus, wenn es darum geht, die „relevantesten Nachrichten“ zu identifizieren? Im Netz sind wir alle. Wir klicken auf eine Nachricht, ein Medium, ein Video. Dann wissen die sozialen Plattformen eine Menge über uns und was wir angeklickt haben. Bei den meisten Medien gibt es Schlagworte, die damit assoziiert sind, ein Datum, wann es veröffentlicht wurde. Wir können uns anschauen, wie lang der Text oder das Video ist, welcher Autor oder welche Autorin dahintersteckt. Suchmaschinen und Social-Media-Unternehmen wissen, welche Lieblingsthemen ihre Nutzer haben, wo sie gerade sind, wie alt sie ungefähr sind und natürlich, welches Geschlecht sie haben – und das ist nur ein kleiner Ausschnitt von dem, was Suchmaschinen oder Plattformen über ihre Nutzer wissen. Google selber sagt, dass es aktuell circa 200 Signale benutzt, um relevante Daten herauszufinden. Wir wissen nicht, wie viele dies bei Facebook sind, ich gehe davon aus, dass es deutlich mehr Parameter sind als bei Google.

Wie könnte jetzt ein Algorithmus aussehen, der für eine Person die relevantesten Nachrichten identifiziert? Wir wissen das natürlich nicht genau, ich kann Ihnen aber sagen, wie man einen solchen Algorithmus grundsätzlich aufbauen könnte und wie ich das grundsätzlich unseren Studierenden beibringe. Also: Es gibt verschiedene Algorithmen, die Korrelationen aus Daten herausziehen. Aber irgendjemand muss mir als Algorithmdesigner /in vorher sagen, nach was ich schauen soll, was also der Erfolgsfall ist. Das bestimmt so jemand wie Mark Zuckerberg. Und Zuckerberg sagt dann: „Wenn jemand darauf klickt, ist das der Erfolgsfall, denn das bedeutet, dass es relevant ist.“ Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für mich ist das nicht so. Ich bin „Spiegel Online“-Leserin und überfliege die Wirtschafts-Überschriften, aber ich klicke fast nie die Artikel selbst an. Trotzdem sind die Überschriften für mich relevant, geben mir Orientierung und deshalb möchte ich sie auch haben. Aus meiner Sicht könnten sie die Sportnachrichten weglassen, die brauche ich nicht, aber Headlines der Wirtschafts-Nachrichten möchte ich gerne sehen. Natürlich wissen auch Facebook oder

Google, dass schon Überschriften für uns relevant sein können, aber sie können nicht messen, ob wir die Headlines lesen. Das heißt, sie konzentrieren sich auf das, was sie als „relevant“ messen können, anstatt auf das, was wirklich relevant ist.

„Geänderte Präferenz“

Zurück zu unserem Beispiel: Jemand definiert also, was der Erfolgsfall ist. Das ist eine subjektive Entscheidung. Und dann versuche ich als Informatikerin einen Algorithmus auszuwählen, der möglichst gut aus den bisher gespeicherten Daten herauszieht, welche Dimensionen mit diesem Erfolgsfall korrelieren. Dann könnte es sein, dass ich eine Formel mit Hilfe des Computers erstelle. Das heißt, ich stelle die grundsätzliche Formel auf, und der Computer hilft, die genauen Gewichtungen zu finden. Der Algorithmus legt dann zum Beispiel fest: „Wenn das Suchwort in der Seite enthalten ist, dann soll in der Formel ein Bonus von 13 berücksichtigt werden. Wenn die Nachricht schon etwas älter ist, ziehe die Anzahl der Tage wieder ab, wenn es ein PageRank gibt und dieser hoch ist, soll er dreifach dazu beitragen, und wenn der Nutzer früher schon diese Quelle gemocht hat, zum Beispiel zu 80 Prozent auf dieses Angebot klickte, dann sollen noch 2,5 addiert werden.“ Diese Formel würde dann für alle möglichen Webseiten ausgerechnet werden, danach werden die Ergebnisse sortiert und angezeigt. Nun kann es allerdings passieren, dass der Nutzer doch nichts anklickt. Dann würde sich unter Umständen die Formel verändern, um der geänderten Präferenz Rechnung zu tragen. Der Vollständigkeit halber: Man muss nicht unbedingt eine Formel verwenden, um zu diesem Ziel zu kommen. Es kann, wie vorhin erwähnt, auch ein Entscheidungsbaum oder ein neuronales Netz sein. Ich habe Ihnen das Verfahren an Hand einer Formel gezeigt, weil wir das alle kennen. Aber das grundlegende Verfahren ist, dass jemand sagt, was der Erfolgsfall ist, wir berechnen eine Datenstruktur, mit der Entscheidungen getroffen werden können und diese verändert sich. Das ist die Grundlage für personalisierte Suchergebnisse, personalisierte Newsfeeds und alles andere, was wir personalisiert im Netz finden.

Die Personalisierung begann 2009. Und ich als Informatikerin empfand es als einen großen Erfolg, dass Google unsere Suchergebnislisten nun personalisieren konnte. Sie können sich sicherlich vorstellen, was es für einen Aufwand bedeutet, für jeden Nutzer die Suchergebnisse zu personalisieren. Es ist eine technische Meisterleistung. Zwei Jahre später, also 2011, hat uns ein junger Mann namens Eli Pariser aufgeschreckt. Wir haben sein Buch „Filter Bubble – Wie wir im Internet entmündigt werden“ (deutsche Ausgabe Carl Hanser Verlag München) gelesen und seitdem sieben Jahre lang mit „hätte, könnte, würde“ darüber diskutiert, ob nicht

wir uns jetzt in einer solchen Filter Bubble befinden. Der Mechanismus, den er vorgestellt hat, bezieht sich explizit auf algorithmische Filterblasen. Dass wir ansonsten in Filterblasen leben, ist davon unbenommen. Worum geht es in dem von Eli Pariser beschriebenen Mechanismus? Wir haben Vorlieben, die unser Klickverhalten begründen. Wie oben beschrieben, verändert das Klickverhalten diesen personalisierten Filter, und der personalisierte Filter gibt uns beim nächsten Mal wieder eine Auswahl vor, die sich noch enger an unsere Vorlieben anschmiegt. Was Eli Pariser beunruhigt hat, ist, dass sich dadurch unter Umständen unsere Vorlieben verengen, etwas verrücken. Drei verschiedene Personen könnten damit an der gleichen Stelle starten, und durch anfangs leicht unterschiedliches Klickverhalten in unterschiedliche Blasen hineinkatapultiert werden und dort gehalten werden. Eli Pariser hat versucht, dies zu illustrieren mit den Suchergebnissen seiner beiden Freunde Daniel und Scott. Er stellte 2011 die Screenshots ihrer Google-Suchergebnisse zur Suchanfrage „Ägypten“ gegenüber. Und diese Bilder sehen auf den ersten Blick ganz unterschiedlich aus.

„Völlig verschiedene Informationen“

Das Video von Parisers Vortrag (► <http://u.epd.de/zl9>) sehe ich jedes Jahr mit meinen Studenten/Innen an und jedes Mal ist der visuelle Eindruck: „Die beiden Personen bekommen völlig verschiedene Informationen“. Der eine bekommt Bilder und Tourismusinformationen, der andere politische Nachrichten. Erst in diesem Jahr fiel mir dann auf, dass Daniel und Scott gar nicht so unterschiedliche Links angeboten werden. Das, was wirklich unterschiedlich ist, sind die zusätzlichen Schlagzeilen auf der einen und die Bilder auf der anderen Seite, aber von den angezeigten Links selbst sind drei von fünf identisch. Als Wissenschaftlerin hat es mich gestört, dass wir solange im Konjunktiv über diese Dinge reden. Im vergangenen Jahr konnten wir jetzt ein Projekt von AlgorithmWatch und meinem Algorithm Accountability Lab durchführen, um unsere Annahmen mit Zahlen zu unterfüttern. Dafür bin ich den Landesmedienanstalten, die sich hier beteiligt haben, insbesondere auch dem besonderen Einsatz von Uwe Conradt von der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) und Siegfried Schneider von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), dankbar.

Worum ging es in diesem Forschungsprojekt „Google und die Bundestagswahl: #Datenspende“? Sie alle hatten Gelegenheit, ein kleines Browser-Plug-in herunterzuladen. Wenn der Rechner wach war, hat dann dieses Plug-in zu festen Zeitpunkten automatisch nach Politikern und Parteien gesucht. Unsere Suchbegriffe waren die Namen Angela Merkel, Martin Schulz, Christian Lindner, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir, Sahra

Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Alice Weidel, Alexander Gauland und die Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke sowie die AfD. Wir hatten sechs feste Such-Zeitpunkte; ab vier Uhr morgens alle vier Stunden, wobei die meisten Personen erst um 12, 16 und 20 Uhr an ihren Rechnern waren. Wie viele Leute konnten wir begeistern? Ca. 4.400 Teilnehmer/Innen mit insgesamt fast sechs Millionen gesendeten Ergebnislisten. Die Daten sind im Netz unter <https://datenspende.algorithmwatch.org/> frei verfügbar; Sie können also auch Ihre eigenen Analysen damit machen.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Teilnahme freiwillig war und es sich damit nicht um eine repräsentative Studie handelt. Ich habe mir allerdings so viele von den Suchergebnissen im Einzelnen angesehen, dass ich mir kaum vorstellen kann, dass das Ergebnis völlig anders wäre, wenn wir die Studie repräsentativ durchgeführt hätten. Was ich Ihnen hier vorstelle, ist also ein „Proof of Concept“, dass wir als Gesellschaft personalisierte Algorithmen untersuchen können und dass das noch nicht einmal besonders teuer ist. Was haben wir nun untersucht? Wir haben uns von unseren Nutzer/Innen automatisch die erste Ergebnissuche-Seite schicken lassen. Wir sahen, dass es gemeinsame URLs, also Links oder Suchergebnisse gibt. Manche davon sind aber auch nicht gemeinsam. Was wir dann für alle Paare von Nutzern gezählt haben, ist die Anzahl der nicht geteilten Links. Eli Pariser's Theorie basiert darauf, dass verschiedene Menschen sehr unterschiedliche Suchergebnisse für dieselbe Anfrage erhalten. Wenn die Suchergebnisse nun, wie in unserem Fall, ähnlich waren, ist das Filterblasen-Theorem damit zwar noch nicht widerlegt, aber die dafür notwendige Grundlage können wir mit Hilfe dieser Studie widerlegen. Ein Beispiel: Nutzer 1 werden zehn Links gezeigt, er teilt sich drei URLs nicht mit Nutzer 2, dem neun Links gezeigt wurden. Die Anzahl der nicht geteilten Links ist also 3. Nutzer 2 dagegen teilt nur zwei URLs nicht mit Nutzer 1, weil die Ergebnislisten unterschiedlich lang sind. Das passiert tatsächlich und zwar hauptsächlich dann, wenn die eine Person Schlagzeilen zu sehen bekommt und die andere nicht. Warum das manchmal so ist und manchmal nicht, haben wir auch nicht von Jan Kottmann, dem Leiter Medienpolitik Google in Deutschland, in Erfahrung bringen können.

„Drei Arten von Ergebnissen“

Was war das Ergebnis unserer Studie? Überraschenderweise ist die Anzahl der nicht geteilten Links viel kleiner als vermutet. Bei den Politikernamen waren im Durchschnitt von jeweils neun oder zehn Ergebnissen nur ein bis zwei Links nicht geteilt. Ganz genau sah das Ergebnis so aus, dass für Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Alexander Gauland (AfD) nur ein

Link nicht geteilt wurde; für Christian Lindner (FDP) und Martin Schulz (SPD) waren es zwei. Das haben wir auch auf „news.google.com“ überprüft, dem Marktführer für viele News Aggregatoren. Da sind es dann drei bis vier Links auf 20 Ergebnisse, also jeweils zehn bis 20 Prozent. Für mich heißt das: Entwarnung, keine Krise. Bei den Parteien gibt es etwas weniger Überlappung, das liegt zwischen 2,6 und 3,7 nicht geteilten Links. Dann haben wir uns gefragt: „Was sind das für Links, die nicht geteilt werden?“ Dabei handelte es sich zum Beispiel um die Website eines Ortsverbandes der CDU oder eine Webseite der SPD in Berlin-Mitte. Es handelt sich also eher um eine Regionalisierung, also um Links, die allen Personen einer bestimmten Region angezeigt werden. Natürlich ist der Übergang zwischen „Regionalisierung“ und „Personalisierung“ fließend: Eine Regionalisierung, die sich zum Beispiel auf ihre Hausnummer bezöge, würde wieder der Personalisierung zugesprochen. Aber die von uns gefundene Regionalisierung ist erst einmal nicht gefährlich im Sinne von Eli Pariser. Das heißt, wenn man das wieder abzieht, kommen wir wieder in den Bereich von 1,3 bis 2,2 nicht geteilter Links. Die CSU sticht heraus, und die AfD sticht heraus. Das haben wir uns genauer angesehen: Bei der normalen Google-Suche erhält man drei Arten von Ergebnissen:

1. persönliche Web-Seiten
2. persönliche Twitter und andere Social Media Accounts
3. die Wikipedia-Seiten manchmal auf Deutsch, manchmal auf Englisch

Das sind eigentlich Web-Seiten, die man inhaltlich unter Kontrolle hat. Für die eigenen Webseiten kann man zudem durch gute Suchmaschinen-Optimierung (SEO) die Sichtbarkeit auf Suchmaschinen unterstützen. Deshalb haben wir auch untersucht, wie viele der eigenen Webseiten der Parteien unter die ersten zehn Suchergebnisse kommen. Dabei zeigt sich, dass AfD und CSU nur bei 30 bis 40 Prozent der gezeigten Ergebnisse ihre eigenen Webseiten unterbringen können. Das liegt vermutlich daran, dass die AfD noch nicht so viele Ortsverbände hat und eben auch nicht so viele Webseiten, die professionell genug sind. Die CSU hingegen ist regional begrenzt und hat deshalb auch etwas weniger. Am besten schneiden hier Bündnis90/Die Grünen ab.

„Berührender Artikel“

Was bedeuten unsere Ergebnisse? Wir konnten – mit der methodischen Einschränkung – zeigen, dass bei der Bundestagswahl 2017 der Filterblasen-Effekt und damit die Gefahr der Vereinzelung der Nutzer für Google eher nicht zutrifft. Diese Filterblase ist meiner Meinung nach

geplatzt. Das Wichtige für mich aber ist: Wir haben eine Methode um zu überprüfen, was die Suchmaschine macht und ob sie stark personalisiert. Solange das Ausmaß der Personalisierung nicht höher wird, sehe ich bezüglich der Filterblasentheorie erstmal keinen Bedarf, weiter in den Code hineinzuschauen. Insgesamt sollten wir auch mit der Forderung nach Transparenz vorsichtig sein, denn als 1999 der PageRank veröffentlicht wurde, war das allererste, was passierte, dass wir Spam- oder Phishing-Seiten auf den Plätzen eins bis zehn hatten, und das will eigentlich keiner. Noch einmal: Wir haben damit nicht die gesamte Filterblasen-Theorie widerlegt. Denn es geht nicht nur um Google. Wir haben eben noch andere Plattformen, auf der sich algorithmisch erzeugte Filterblasen bilden könnten und wo ich sie auch für wesentlich wahrscheinlicher halte.

Da, wo ich das größte Problem vermute, ist auf Facebook. Im Sommer gab es einen sehr berührenden Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“. Es ist die Geschichte eines Journalisten, Simon Hurtz, der sich unter dem Namen Tim einen Fake Account zugelegt und darüber ausschließlich die AfD geliked hatte. Seine kluge Analyse der Resonanz hat mich sehr berührt, am meisten seine Aussage: „Das hat etwas mit mir gemacht!“ Manche Informationen über den Newsfeed waren falsch, andere über Ausländer, die zum Beispiel eine Straftat begangen haben sollen, waren richtig, wie seine Recherchen gezeigt haben – aber eben in ihrer Anzahl unausgewogen. Dennoch sagt er: „Mein Verstand sagt mir: Wenn Hunderttausende, teils schwer traumatisierte Menschen nach Deutschland kommen, sind darunter auch Ladendiebe, Mörder und Vergewaltiger. Insgesamt sind sie aber nur für einen Bruchteil aller Straftaten verantwortlich. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik beruhigen meinen Kopf, nicht aber meinen Bauch. Der fragt sich: Und was, wenn die Rechten recht haben?“ Diesen Effekt sollten wir nicht unterschätzen.

Aber wir können das Ausmaß der Personalisierung auf Facebook nicht untersuchen; wir haben bei Facebook nicht die Möglichkeit, eine automatische Analyse durchzuführen wie auf Google. Wir haben den Zugang nicht. Aus diesem Grunde fordern wir – mein Accountability Lab an der TU Kaiserslautern, AlgorithmWatch und das neugegründete Media Policy Lab der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) –, dass Wissenschaftler, NGOs und die Gesellschaft mehr Zugang bekommen, um diese so wichtigen Fragen untersuchen zu können. Es ist völlig klar, dass wir digitale Assistenten brauchen. Starke Personalisierung – und nun spreche auch ich im Konjunktiv – „könnte“ immer noch gefährlich sein. Aber unsere Datenspendeinnen und -spender haben gezeigt, dass wir das Phänomen gemeinsam mit relativ wenig Aufwand untersuchen können. Die Studie, auch wenn sie nicht repräsentativ und nur eine Momentaufnahme

ist, hat gezeigt, dass das Ausmaß eher gering ist. Ich habe heute also weniger die Sorge, dass Google uns persönlich in Filterblasen bringt, der spannende und heikle Punkt ist, dass andere Soziale Medien nicht zugänglich genug sind. Zum Beispiel sollten wir für einen Fernsehsender, der all seine Themen auf Facebook postet, in einer Fallstudie herausfinden, warum sich die Nutzer auf Facebook beschwerten, dass sie nur noch die Blood-and-Crime-Sparte zu sehen bekommen. Diese Nutzer kamen also in eine Filterblase. Wir hatten Zugang zu allen Web Analytics Daten des Senders und konnten nicht herausfinden, warum das so ist. Wir richteten daraufhin Fake Accounts ein, die wurden innerhalb weniger Tage geschlossen. So konnten wir das Problem nicht nachvollziehen.

„Nicht hoffnungsfroh“

Die Gespräche mit Facebook helfen uns nicht weiter. Und auch die Haltungsänderung von Mark Zuckerberg, wie in der Auftakt-Rede von Joachim Becker erwähnt, macht mich nicht hoffnungsfroh. Was ist die Erfolgsvariable für eine Nachricht? Relevanz? Wie aber messe ich Relevanz? Und die Antwort von Facebook ist weiterhin, wir messen Klickzahlen! Damit wird ein wichtiges gesellschaftliches Konzept schlicht mit etwas verbunden, was messbar ist. Und es wird noch schlimmer, wenn Zuckerberg jetzt sagt: „Ich habe darüber nochmal nachgedacht, das war nicht so gut. Jetzt wollen wir bedeutungsvolle soziale Interaktionen fördern.“ Wie will man das denn nun messen? Das wird nur noch schlimmer, wenn hier eine einzige Person sagt, wie unsere Öffentlichkeit strukturiert wird. Das kann uns nicht gefallen. Wir brauchen also breite Unterstützung. Wir brauchen eine Allianz aus Forschung und Wissenschaft, Gesellschaft und Journalismus. Wir, die Data Scientists, müssen Ihnen als Journalisten helfen, die Geschichten zu schreiben, indem wir für Sie Data Science liefern. Auch wenn es gute Datenjournalisten gibt, brauchen wir die Verzahnung zwischen Forschung, Journalismus, Gesellschaft und Politik.

Es geht nicht nur um Algorithmen in der Meinungsbildung – das Risiko ist deutlich größer. Aber es gibt noch mehr dazu zu sagen: Was uns in meinem Accountability Lab und bei AlgorithmWatch hauptsächlich beschäftigt, sind Algorithmen, die zwar nach dem gleichem Prinzip wie die oben genannten „Relevanzfilter“ funktionieren, aber sehr viel stärker über das Leben von Menschen entscheiden. Algorithmen zur Rückfälligkeitsvorhersage, zur Kreditwürdigkeit, Algorithmen, die versuchen, Terroristen zu finden und dabei, um 70 Leute zu finden, 4.400 Leute unschuldig brandmarken. Bei solchen Algorithmen möchte ich tatsächlich gerne den Code sehen. Insbesondere dann, wenn der Besitz dieser Algorithmen staatliches Monopol ist, muss es jemanden geben, der

den Code sehen kann. Die Entscheidung, ob Gesellschaft wirklich Einblick bekommen muss in den eigentlichen Code, muss also gestaffelt sein. Firmengeheimnisse zu hüten und einen Wirtschaftsstandort zu haben, an dem man innovativ sein kann und nicht ständig gebremst wird, ist auch ein hohes Gut. Wir müssen uns als Gesellschaft genau überlegen, nach welchen Kriterien, wie tief wir in diese Algorithmen hineinschauen wollen und wir müssen uns klar darüber sein, dass es nicht per se hilfreich und machbar ist, jeden Algorithmus zu untersuchen.

„Programmierte Moral“

Können und sollen Maschinen ethisch handeln? / Von Catrin Misselhorn

Ich möchte Sie in die Welt an der Schnittstelle von Informatik, Robotik und Philosophie mitnehmen. Es geht um die Frage, ob man Maschinen so programmieren kann, dass sie zu moralischem Handeln in der Lage sind. Das nennt man Maschinenethik, eine neue Disziplin der Technikethik.

Die klassische Technikethik beschäftigt sich mit der Frage, wie man Technologien bewerten kann, zum Beispiel, ob es gut ist, Atomkraft zu nutzen oder nicht. In diesem Fall ist die Atomkraft kein moralischer Akteur. Das ist bei der Maschinenethik anders. Da geht es um die Frage, ob die Maschinen selbst moralische Akteure sein können, also ob sie in der Lage sind, moralisch zu entscheiden und zu handeln. Es ist klar, das geht nur mit Hilfe von Software, mit Computern. Die Idee ist, Computer so zu programmieren, dass sie moralisch handeln können. Dabei kann es sich um reine Softwareagenten handeln oder um Roboter, die über Sensoren ihre Umwelt wahrnehmen sowie über Aktoren mit ihr interagieren.

Wozu programmierte Moral? Es gibt viele Tätigkeiten, die wir gerne Maschinen überlassen würden, weil sie zu schwer, gefährlich oder einfach unangenehm sind. In manchen Fällen gibt es auch nicht genügend Menschen, die sie übernehmen können oder wollen. Schließlich können Maschinen manche Dinge auch einfach besser und schneller erledigen als Menschen, wie Katharina Zweig schon aufzeigte. Aus diesen Gründen wollen wir viele Tätigkeiten an Maschinen delegieren, und je weniger wir eingreifen müssen, um so besser ist es. Denn Maschinen können ihre Vorteile dann am besten entfalten, wenn wir nicht dauernd kontrollieren oder jemanden haben müssen, der darauf achtet, dass der Output stimmt.

*

Katharina Zweig ist Professorin für Informatik an der Technischen Universität Kaiserslautern und Leiterin des dortigen Algorithm Accountability Lab, sie hat den Studiengang Sozioinformatik in Kaiserslautern initiiert und ist Mitbegründerin von AlgorithmWatch, das heute als gGmbH von Lorenz Matzat, Lorena Jaume-Palasi und Matthias Spielkamp weitergeführt wird. ■

Beispiel 1: Der Saugroboter

Wir wollen Saugroboter autonom durch die Wohnung fahren lassen und nicht noch jemanden benötigen, der sie permanent beaufsichtigt. Selbst ein so einfaches Modell wie ein Staubsaugerroboter steht nun bereits einer ethischen Entscheidung gegenüber, nämlich: Soll er einen Marienkäfer einfach einsaugen oder soll er den Käfer verscheuchen bzw. umfahren? Und wie sieht es bei einer Spinne aus? Man kann sich fragen, ob bei dem Saugroboter wirklich schon Ethik ins Spiel kommt. Das ist der Fall, denn diese Entscheidungen beinhalten die Abwägung, ob es richtig ist, Tiere um der Sauberkeit willen zu töten oder nicht. Und das ist eine ethische Frage.

Noch ist ein Saugroboter, der solche Entscheidungen treffen kann, nicht serienmäßig erhältlich. Aber mein Kollege Oliver Bendel aus der Schweiz hat einen Prototyp namens Ladybird konstruiert, der über ein Ethikmodul verfügt. Ladybird verschont Marienkäfer und verscheucht oder umfährt sie. Auf Wunsch kann er mit einem Kill-Button für Spinnen ausgestattet werden. Dieses Beispiel zeigt, dass die Maschinenethik nicht nur Science-Fiction ist, sondern schon bei einfachen Anwendungen beginnt.

Beispiel 2: Das Pflegesystem

Die Pflege ist ein weiterer wichtiger Anwendungsbereich, der angesichts des drohenden Pflegenotstands viel diskutiert wird. Laut Bertelsmann-Stiftung fehlen bis zum Jahr 2030 um die 500.000 Pflegekräfte, da ist es naheliegend, auf Roboter zurückzugreifen. Hier stellen sich komplexere ethische Fragen, zum Beispiel:

- Wie häufig und eindringlich soll ein solches Pflegesystem einen zu Pflegenden an die Einnahme von Essen und Trinken oder Medikamenten erinnern?

- Wann sollte ein Pflegesystem die Angehörigen oder den medizinischen Dienst informieren, wenn sich jemand eine Zeit lang nicht rührt?

- Soll das System den Nutzer rund um die Uhr überwachen? Und wie verfährt man mit den dabei erhobenen Daten?

In all diesen Situationen müsste das System zwischen bestimmten ethischen Werten abwägen: Im ersten Fall beispielsweise zwischen der Selbstbestimmung des Nutzers und bestimmten gesundheitlichen Risiken. Im zweiten Fall zwischen der Selbstbestimmung des Nutzers, der Sorge der Angehörigen und erneut der Gesundheit. Im dritten Fall geht es wiederum um die Selbstbestimmung des Nutzers, Gesundheit, die Sorge der Angehörigen sowie um seine Privatsphäre und sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Beispiel 3: Das autonome Fahren

Ein anderer, viel diskutierter Anwendungsbereich ist das autonome Fahren. Sie haben vielleicht schon über die sogenannten Trolley Cases gelesen. Der Begriff Trolley bezeichnet im Englischen Straßenbahnen. Es handelt sich um ein Gedankenexperiment aus den 1960er Jahren, das auf die britische Philosophin Philippa Foot zurückgeht. Dabei geht es um folgende Situation: Wie würden Sie handeln, wenn Sie sehen, dass eine Straßenbahn auf fünf Personen zufährt und Sie die Möglichkeit haben, die Straßenbahn durch das Umlegen einer Weiche auf ein Gleis umzuleiten, auf dem nur eine Person steht? Wer von Ihnen würde die Weiche umlegen? Wer von Ihnen würde die Weiche nicht umlegen?

Wie ich meinen Studierenden in meinen Vorlesungen immer sage, gibt es in dieser Situation keine Enthaltung. Sie werden gleich sehen, dass auch beim autonomen Fahren nicht die Möglichkeit einer Enthaltung besteht. Man muss eine Entscheidung treffen und kann es sich nicht mit einer Enthaltung bequem machen.

Betrachten wir nun eine Variation dieses Falles: Jetzt steht ein dicker Mann auf einer Brücke und Sie können die fünf Personen nur retten, indem Sie den Mann von der Brücke stoßen. Die meisten Menschen sind der Meinung, dass man die Weiche umlegen sollte, wenn man dadurch fünf Personen auf Kosten von einer Person retten kann. Aber nur wenige sagen, dass es richtig ist, den Mann von der Brücke zu stoßen, um die fünf Personen zu retten. Die Folgen dieser beiden Situationen

scheinen freilich identisch zu sein: Einer wird geopfert für fünf, egal ob man die Weiche umstellt oder einen von der Brücke stößt.

Was ist also der Unterschied? Eine Möglichkeit ist, dass die Unterscheidung zwischen etwas tun und etwas geschehen lassen hier eine Rolle spielt. Allerdings ist auch das Umstellen der Weiche ein Tun. Eine andere Frage ist, ob in solchen Situationen nur die Anzahl wichtig ist oder auch andere Faktoren zählen, wie beispielsweise das Alter oder die Lebenserwartung der Beteiligten. Würde man immer noch genauso entscheiden, wenn sich auf dem einen Gleis ein Kind befände, auf dem anderen jedoch fünf alte Menschen? Dieses Beispiel illustriert, dass solche Situationen schwierige moralische Fragen aufwerfen.

„Moralisches Entscheidungsverhalten“

Ein strukturanaloges Problem tritt auch beim autonomen Fahren auf. Nehmen wir an, die Bremsen eines Fahrzeugs sind defekt und es hat nur noch die Wahl, in eine von zwei Gruppen von Menschen hineinzurasen. Wie soll das Fahrzeug entscheiden: Soll es zwei ältere Männer, zwei ältere Frauen und einen Hund anfahren, wobei die beiden Frauen getötet und die Männer sowie der Hund verletzt werden, oder soll es die alten Menschen umfahren und den Tod eines kleinen Jungen und eines kleinen Mädchens sowie die Verletzung einer jungen Frau in Kauf nehmen? Welche Rolle spielt es, dass die alten Menschen die Straße bei Grün überqueren, während die junge Frau und die Kinder bei Rot über die Straße gehen?

Auf der Webseite MoralMachine.mit.edu kann man sich durch eine ganze Reihe solcher Szenarien im Hinblick auf das autonome Fahren klicken. Ziel der Webseite ist es, Daten zum moralischen Entscheidungsverhalten in solchen Situationen zu sammeln. Es geht um die Verrechnung von Jung gegen Alt, jeweils mit unterschiedlichen Zahlenkonstellationen, um das Aufrechnen verschiedener Verletzungsgrade untereinander und mit Todesfällen, die Bewertung regelkonformen Verhaltens gegenüber Regelverstößen, den Schutz der Fahrzeuginsassen im Vergleich zu anderen Verkehrsteilnehmern. Sie werden sehen, danach schwirrt Ihnen der Kopf.

Um zu gewährleisten, dass die Maschine die richtige Entscheidung trifft, müsste man selbst erst mal die richtige Entscheidung finden und dann auch noch dem autonom fahrenden Auto beibringen, eine solche Entscheidung zu fällen. Erschwerend kommt die Frage hinzu, ob eine Maschine überhaupt über das Leben von Menschen entscheiden sollte. Manche Praktiker lehnen die hypothetische Vorstellung solcher Situationen ab und sagen, man könne doch im Notfall immer bremsen.

Doch das stimmt nicht. Auch wenn sie selten sind, kann es zu Situationen kommen, in denen nicht die Möglichkeit besteht zu bremsen oder auszuweichen, beispielsweise wegen des nachfolgenden Verkehrs und des Gegenverkehrs. Die Beispiele sind genau so konstruiert, dass dies der Fall ist.

Die ethische Bewertung von Technologien bezieht sich dabei häufig auf Fälle, die nicht sehr wahrscheinlich sind. So wurde auch eine nukleare Katastrophe lange Zeit für unwahrscheinlich gehalten und doch gehört ein solches Szenarium zu den Kernproblemen der ethischen Diskussion der Atomkraft. Entscheidend ist nicht die Wahrscheinlichkeit solcher Situationen, sondern dass ihr Auftreten grundlegende ethische Fragen betrifft, die an unser ethisches Selbstverständnis rühren.

Beispiel 4: Algorithmen gegen problematische Inhalte in sozialen Netzwerken

Ein vierter Anwendungsfall ist das Auffinden und der Umgang mit problematischen Inhalten, zum Beispiel Algorithmen zur Erkennung von Hassreden, Nazisymbolen oder auch Kinderpornografie in sozialen Netzwerken. Hier geht es darum, dass die Maschine unmoralische Inhalte identifiziert und darauf reagiert, im Extremfall mit der Sperrung eines Accounts.

Beispiel 5: Kriegsroboter, Drohnen & Co

Die Waffentechnologie ist ein weiterer kontroverser Anwendungsbereich. Insbesondere in den USA wird ein großer Teil der Forschung zur Maschinenethik durch das Verteidigungsministerium finanziert. Prominente Gegner autonomer Waffensysteme sind der jüngst verstorbene Physiker Stephen Hawking und Tesla-Chef Elon Musk. Sie argumentieren, dass solche Systeme zu einer enormen Ausweitung bewaffneter Konflikte führen, die mit einer Geschwindigkeit stattfinden, die jedes menschliche Verständnis übersteigt. Außerdem eröffnen sie Terroristen und Gewaltherrschern bislang ungeahnte Möglichkeiten, unschuldige Menschen zu terrorisieren. Denn diese Waffen können gehackt werden und führen so zu unvorhersehbaren und unkontrollierbaren Risiken. Wiederum stellt sich darüber hinaus die Grundsatzfrage, ob man die Entscheidung über Leben und Tod Maschinen überlassen darf oder ob dies gegen die Menschenwürde verstößt.

Aber es gibt auch Befürworter autonomer Waffensysteme, die argumentieren, dass Krieg sich mit Hilfe von moralischen Robotern viel humaner gestalten ließe. So könnte man ihnen völkerrechtliche Normen und Einsatzregeln (*rules of engagement*) einprogrammieren, die das moralisch korrekte Vorgehen weiter spezifizieren. Auf diese Art und Weise können sie die Kriterien einer

moralischen Kriegführung besser erfüllen, wie sie in der Tradition der Theorie des gerechten Kriegs definiert werden.

Diese als *ius in bello* bezeichneten Kriterien sind zum Beispiel: Nichtkombattanten nicht anzugreifen, Kollateralschäden möglichst gering zu halten und beispielsweise keine Kulturgüter zu zerstören. Die Vorteile von Maschinen gegenüber Menschen sind, dass sie nicht unter Stress irrationale Entscheidungen treffen oder sich vom Hass auf den Gegner oder von der Lust an der Gewalt zu Kriegsverbrechen hinreißen lassen. Diese Kriterien könnten sogar noch strenger interpretiert werden, als das Völkerrecht es vorgibt, und so zu einer Humanisierung des Kriegs beitragen.

Verallgemeinert kann man sagen: Je komplexer und je autonomer Maschinen werden, desto eher müssen diese Systeme in der Lage sein, ihr Verhalten selber zu regulieren. Dabei werden sie – absehbar – in Situationen geraten, die moralische Entscheidungen verlangen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, Maschinen zu entwickeln, die über ein gewisses Maß an eigenständiger moralischer Entscheidungsfähigkeit verfügen. Solche Maschinen werden allerdings nicht das Niveau von menschlicher moralischer Handlungsfähigkeit haben.

„Ethische Sensibilität“

Können Maschinen moralisch handeln? Wendell Wallach von der Yale University und Colin Allen von der University of Pittsburgh haben 2009 mit „Moral Machines“ ein richtungsweisendes Buch zur Maschinenethik vorgelegt. Sie schlagen eine Unterscheidung verschiedener Ebenen moralischer Handlungsfähigkeit als Funktion entlang zweier Dimensionen vor: Autonomie und ethische Sensibilität.

Autonomie beinhaltet Interaktivität mit der Umwelt, aber auch die Fähigkeit, einen Zustandswechsel ohne externen Impuls vorzunehmen und sich zu einem gewissen Grad an die Umwelt anzupassen. Je höher das System entwickelt ist, um so größer ist die Autonomie.

Ethische Sensibilität heißt, dass ein künstliches System gegenüber ethischen Werten sensibel ist und darauf angemessen reagieren kann. Beide Achsen sind unabhängig voneinander und können unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Dies kann an einigen Beispielen verdeutlicht werden. Ein einfaches Werkzeug wie ein Hammer besitzt keines von beiden, aber schon die auf einem PC installierte Kindersicherung verhilft diesem Objekt zu einer rudimentären ethischen Sensibilität, die jedoch vollständig im Design des Objekts und damit bei den Herstellern bzw. Benutzern liegt. Wallach und Allen sprechen hier von „operationaler Moralität“.

Auf der nächsten Ebene, der „funktionalen Moralität“, können die Systeme in einem funktionalen Sinn moralische Entscheidungen treffen. Ein von Wallach und Allen angeführtes Beispiel für diese zweite Form ist eine medizinische Fallsimulationsplattform namens „MedEthEx“, die Medizinstudentinnen dabei helfen soll, komplexe medizinethische Probleme besser zu bewältigen. Vollumfängliche moralische Handlungsfähigkeit erreichen solche Systeme laut Wallach und Allen jedoch nicht, da diese an Bedingungen wie Bewusstsein und einen freien Willen geknüpft ist.

Dennoch lässt sich im Rahmen dieses Modells von Graden der Moralität auch unterhalb der vollumfänglichen moralischen Handlungsfähigkeit sprechen. Diese beinhaltet drei Aspekte: erstens die Verhinderung bzw. Unterdrückung von moralisch nicht erwünschtem Verhalten, zweitens die Fähigkeit, in einem gewissen Umfang autonom auf moralisch relevante Situationen zu reagieren, und drittens eine Lernfähigkeit im Umgang mit moralischen Problemlagen und Kontexten.

Menschliche versus programmierte Moral

Vollumfängliche moralische Handlungsfähigkeit, wie sie Menschen zukommt, erreichen jedoch auch funktional moralische Systeme nicht. Zum einen ist der Einsatzbereich von Maschinen mit einprogrammierter Moral normalerweise auf einen bestimmten Anwendungsbereich beschränkt, die menschliche Moralfähigkeit umfasst jedoch potenziell jeden beliebigen Bereich des Lebens. Wir sprechen oft von „künstlicher Intelligenz“, vielleicht durchaus mit einem gewissen Unwohlsein. Das liegt unter anderem daran, dass menschliche Intelligenz – anders als künstliche Intelligenz – universell ist. Das heißt: Wir können unsere Intelligenz auf alle möglichen Bereiche anwenden.

Dies gilt auch für die Ethik. Menschen können nicht nur mit den ethischen Fragen im Verkehr umgehen, sondern auch mit solchen in der Pflege, hinsichtlich der sozialen Medien, der Tierethik, der Atomkraft etc. Zudem verfügen künstliche Systeme bislang nicht wirklich über Bewusstsein und Willensfreiheit. Bewusstsein wäre beispielsweise erforderlich, um mit der emotionalen Seite der Moral vertraut zu sein und moralische Emotionen wie Mitgefühl oder auch Schuldgefühle empfinden zu können. Es gibt verschiedene philosophische Gedankenexperimente, die zeigen sollen, dass Maschinen kein Bewusstsein haben können.

Ein Beispiel ist das weithin bekannte „Chinesische Zimmer“ von John Searle, Philosoph an der University of California in Berkeley. Das geht so: Sie sitzen in einem chinesischen Zimmer und bekommen von außen als Eingabe chinesische Schriftzeichen, sprechen aber nicht

Chinesisch. Sie haben ein in ihrer Muttersprache verfasstes Handbuch im Raum, das angibt, welche chinesischen Schriftzeichen Sie nach außen zurückgeben müssen. Sie folgen somit Regeln. Wenn ein Schriftzeichen mit einer bestimmten visuellen Gestaltung hereinkommt, schauen Sie in das Handbuch und wissen, welches Zeichen Sie herausgeben müssen. Draußen sitzen Chinesen, die Ihnen immer ihre Karten, also den Input, durch einen Schlitz in der Tür geben, ohne Sie zu sehen. Sie schauen dann in das Handbuch und geben eine Antwort an die Chinesen zurück. Die Chinesen vor dem Raum nehmen an, dass Sie chinesisch sprechen können, aber in Wirklichkeit können Sie natürlich kein Wort Chinesisch. Das ist ein wichtiges philosophisches Argument dafür, dass Computer kein Bewusstsein haben können, denn das chinesische Zimmer realisiert ein Computerprogramm, es mangelt ihm aber an Bewusstsein.

Maschinen haben auch keine Willensfreiheit, aber vielleicht aus einem anderen Grund, als Sie denken. In vielen Diskussionen wird mir gesagt, Maschinen seien doch determiniert und wir nicht. So einfach ist das aber nicht. Es gibt genügend Gründe anzunehmen, dass auch Menschen determiniert sind. Aber es ist nicht unbedingt so, dass die Determiniertheit mit der Willensfreiheit in Konflikt steht. Es muss die richtige Art der Determination vorliegen, und für viele Philosophen ist dies dann der Fall, wenn Sie aus Gründen handeln, die Sie sich selbst im Vorfeld überlegt haben, über die Sie reflektieren können. Erst dann sind Sie willensfrei, auch wenn Sie nicht wie Gott aus dem Nichts handeln können.

Diese Fähigkeit haben Computer nicht (vielleicht noch nicht), zumindest sind wir nicht unmittelbar davor, eine solche Form der künstlichen Intelligenz zu erreichen. Vollumfängliche moralische Handlungsfähigkeit kommt deshalb nur Menschen zu. Funktionale Moralität gibt es aber auch durchaus bei künstlichen Systemen.

Ansätze der Moralimplementation

Doch wie geht man vor, wenn man eine Maschine mit moralischen Fähigkeiten ausstatten will? Es gibt unterschiedliche Ansätze der Moralimplementation: Top-down-, Bottom-up- und hybride Ansätze. Sie beinhalten jeweils eine Kombination aus softwaretechnischem und ethischem Ansatz. Top-Down-Ansätze verbinden eine schrittweise Herangehensweise an die Softwareentwicklung von allgemeinen, umfassenden Strukturen zu immer spezielleren Details mit einer prinzipienethischen Auffassung. Die beiden klassischen Moralprinzipien sind das utilitaristische Nutzenprinzip und Kants kategorischer Imperativ. Der Utilitarismus besagt, dass das moralisch Gute in der Maximierung des Gesamtnutzens besteht. In unserem oben beschriebenen Dilemmafall

urteilen Utilitaristen deshalb, wenn man fünf Leben auf Kosten eines Lebens retten kann, dann sei das die moralisch richtige Entscheidung.

Eine Variante von Kants kategorischem Imperativ lautet: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Vereinfacht gesagt heißt das, man muss immer so handeln, dass auch jeder andere sich auf dieselbe Art und Weise verhalten könnte. Kant hat noch eine andere, sehr fassliche Formulierung des kategorischen Imperativs, nämlich: „Behandle jeden Menschen immer auch als Selbstzweck und nie nur als Mittel.“ Deshalb würde Kant sagen, man darf nicht ohne weiteres fünf Leute opfern, um einen zu retten, weil man ihn dadurch zu einem bloßen Mittel herabwürdigt.

Der utilitaristische und der kantische Ansatz setzen voraus, dass der Moralimplementation grundsätzlich die gleichen Moralvorstellungen zugrunde liegen, die auch das menschliche Zusammenleben regeln. Alternativ könnten für die moralische Interaktion von Maschinen mit Menschen aber auch andere ethische Grundsätze gelten.

Diesen Ansatz verfolgen Isaac Asimovs Robotergesetze, die er bereits 1942 in seiner Kurzgeschichte „Runaround“ formuliert hat:

1. Ein Roboter darf keinen Menschen verletzen oder durch Untätigkeit zu Schaden kommen lassen.
2. Ein Roboter muss den Befehlen eines Menschen gehorchen, es sei denn, es widerspricht dem ersten Gesetz.
3. Ein Roboter muss seine eigene Existenz schützen, solange dieser Schutz nicht mit dem ersten oder zweiten Gesetz in Konflikt gerät.

Wer Asimovs Geschichten kennt, weiß allerdings, dass eines ihrer wesentlichen Ziele ist zu zeigen, zu welchen Problemen, Widersprüchen und auch Anwendungsfehlern diese Gesetze führen. So können die Systeme gänzlich zusammenbrechen oder in einen ewigen Kreislauf geraten, wenn sie in dilemmatische Situationen kommen. Asimov verdeutlicht sehr gut die Schwierigkeiten, die bei der Implementation moralischer Prinzipien auftreten.

Bottom-up-Ansätze gehen softwaretechnisch in die Richtung des maschinellen Lernens, auf das Katharina Zweig bereits eingegangen ist. Dabei werden moralische Regeln nicht vorausgesetzt, sondern die moralisch richtige Entscheidung wird induktiv auf der Basis von großen Datenmengen gewonnen. Man geht von Einzelfällen aus und generalisiert, aber diese Generalisierungen

führen nicht zu strikten Prinzipien, sondern nur zu Daumenregeln.

Ein Beispiel dafür ist die Identifikation pornografischer Inhalte. Wie wir alle wissen, ist es jedoch sehr schwierig, Pornografie, aber auch Hassrede algorithmisch zu erkennen. Twitter hat beispielsweise versucht, Algorithmen zu etablieren, die Hassrede ausschließen. Es kam dabei insbesondere häufig zu falsch positiven Ergebnissen, also Fällen, die letztendlich doch nicht problematisch waren. Das entscheidende Merkmal von Bottom-up-Ansätzen ist jedenfalls, dass ausgehend von Einzelfällen generalisiert wird, diese Generalisierungen aber nie strikte Prinzipien darstellen, sondern nur Daumenregeln.

Hybride Ansätze kombinieren Top-down- und Bottom-up-Ansätze. Es gibt einen Werterahmen, und dieser Werterahmen wird an die Einzelfälle adaptiert. Ich habe selbst so ein System als konzeptuelles Design am Beispiel eines Altenpflegesystems entwickelt. Dazu ist es nötig, zunächst empirisch herauszufinden, was der allgemeine Rahmen moralischer Werte ist, die in der Pflege relevant sind. Dazu gehören beispielsweise Selbstbestimmung, Datenschutz, Förderung der Gesundheit, Vermeidung von Schaden. Dies kann man mit den Methoden der experimentellen Philosophie herausfinden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Menschen diese Werte im Verhältnis zueinander unterschiedlich bewerten. Manche sagen, für meine Gesundheit tue ich alles, da gebe ich auch alle Daten preis, das ist mir egal. Andere sagen, ich nehme lieber ein Gesundheitsrisiko auf mich, weil ich nicht permanent überwacht werden will und meine Daten nicht so ohne weiteres zur Verfügung stellen möchte. Das Pflegesystem soll in der Lage sein, sich an diese individuell unterschiedlichen Wertvorstellungen anzupassen. Deshalb handelt es sich um ein hybrides System.

Welcher Ansatz der beste ist, kann man so nicht sagen. Es hängt vom Zweck und Anwendungskontext ab. Ein System, das sich an die Wertvorstellungen des Nutzers anpasst, ist in der Pflege sinnvoll, aber nicht beim autonomen Fahren. Warum nicht? Weil davon auch Leute betroffen sind, die nicht die Gelegenheit haben, solchen individuellen Einstellungen zuzustimmen wie Kinder, Fußgänger oder Radfahrer. Aus diesem Grunde brauchen wir beim autonomen Fahren allgemein gültige politische Regelungen. Hier kann nicht erlaubt werden, dass jeder Nutzer das System so einstellen kann, wie er es gerne hätte.

Pro & Kontra zu moralischen Maschinen

Zum Abschluss sollen ausgewählte Argumente für und gegen moralische Maschinen auf einer allgemeineren

Ebene dargestellt werden: Die Befürworter argumentieren zum einen, es gehe gar nicht anders. Die autonomen und intelligenten Maschinen kommen. Diese müssten auch moralisch handeln können, sonst könnten wir sie gar nicht einsetzen. Weiterhin kann man argumentieren, Maschinen, die eigenständig moralisch handeln können, sind bessere Maschinen. Warum? Weil wir wollen, dass die Maschinen möglichst gut auf unsere Bedürfnisse eingehen, und das könnten solche Maschinen.

Ein weiterer, eher theoretischer Aspekt ist die Verbesserung der moralischen Reflexion. Man steht vor diesen moralischen Dilemmasituationen und fragt sich, wie soll ich mich entscheiden? Doch das ist schwierig. Wir haben keine vorgefasste Meinung. Eine Chance besteht darin, darüber im Vorfeld der Programmierung moralischer Maschinen gründlicher nachzudenken, um zu besseren Lösungen zu kommen. Schließlich besteht eine wissenschaftliche Hoffnung darin, dass wir Menschen doch auch nur informationsverarbeitende Maschinen sind und wir deshalb über die Konstruktion solcher Maschinen auch etwas über die menschliche Moralfähigkeit lernen können.

Einige Gegner moralischer Maschinen sind hingegen der Auffassung, dass moralische Maschinen sich grundsätzlich nicht realisieren lassen. Es gibt zwei Richtungen, aus denen die Argumente kommen. Die eine betrifft die Auffassung: „Was ist eigentlich der menschliche Geist? Was ist Handeln?“ Demnach kann man Maschinen, die irgendetwas entscheiden, nicht bauen. John Searle mit seinem „Chinesischen Zimmer“ vertritt diese These.

Doch diese Konsequenz muss man meiner Ansicht nach nicht ziehen. Wir brauchen keine starke künstliche Intelligenz, die wirklich eine Nachbildung menschlichen Denkens darstellt. Schwache künstliche Intelligenz ist für die Zwecke der Maschinenethik vollkommen ausreichend. Eine Maschine, die funktioniert wie das „Chinesische Zimmer“ und in diesem Rahmen moralisch handeln kann, wäre bereits ein großer Fortschritt.

„Keine Verallgemeinerungen“

Grundsätzliche Einwände kommen noch von einer anderen Seite. So sind einige Ethiker der Meinung, dass man Moral überhaupt nicht codifizieren kann und es ganz situationsabhängig ist, wie man entscheiden muss. Man bezeichnet diese Position als Partikularismus. Nehmen wir als Beispiel das Lügen. Kant hat bekanntlich gesagt, Lügen sei immer moralisch schlecht. Lügen dürfe man nie, auch dann nicht, wenn man jemandem das Leben dadurch retten könnte.

Die Partikularisten wiederum halten das für zu einfach, denn Lügen kann moralisch schlecht, aber auch gut

sein. Schließlich gibt es Situationen, in denen es moralisch nicht von Bedeutung ist, ob ich lüge oder nicht. Das heißt, Lügen kann moralisch positiv, negativ oder neutral zu bewerten sein. Wenn das stimmt, dann gibt es keine Verallgemeinerungen, die Maschinen top-down voraussetzen oder bottom-up extrahieren könnten. Moral ließe sich in keiner Form programmieren. Andere Bedenken richten sich gegen unvorhergesehene negative Resultate, die die Maschinenethik hervorbringen könnte. Solche sind freilich bei jeder Technologie möglich.

Es besteht jedoch Anlass zu der Sorge, dass Computer Probleme potenzieren, die alle Technologien haben, weil sie eben viel größere Auswirkungen verursachen. Das war schon in den 1970er und 1980er Jahren ein Thema der Computerethik. Ein Grund hierfür ist die Tatsache, dass ein winziger Bug einen Rieseneffekt haben kann. Durch die neuen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz verschärft sich dieses Problem. Deshalb sollten wir Maschinen in einem so sensiblen Bereich wie der Moral keine Entscheidungen anvertrauen.

Ein besonders wichtiger Einwand ist die moralische Entmündigung des Menschen. Für Kant hat die Würde des Menschen im Wesentlichen damit zu tun, dass er moralische Entscheidungen treffen kann. Das heißt, Sie selbst haben Rechte als Moralwesen, weil Sie auch moralisch nachdenken und entscheiden können. Deshalb kann man befürchten: Je mehr man moralische Entscheidungen an Maschinen abgibt, umso mehr gibt man gerade das ab, was die Würde des Menschen begründet. Diskutiert wird auch immer wieder, ob die Maschinenethik nicht zu einem Bruch mit unserer moralischen Praxis führt, was man am autonomen Fahren erläutern kann. Denn bislang müssen wir im Verkehr solche Entscheidungen, wie sie im Trolleyproblem auftreten, nicht fällen. Stress und die für Menschen erforderlichen Reaktionszeiten erlauben dies gar nicht. Mit dem autonomen Fahren können und müssten wir sie jedoch treffen. Das könnte unsere moralische Praxis tiefgreifend verändern.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verantwortungszuschreibung. Die immer wieder gestellte Frage ist: Wer ist für das Handeln der Maschine verantwortlich? Die Maschine selber ist es sicherlich nicht, der Programmierer allein ist es ebensowenig wie ausschließlich der Nutzer. Die Verantwortung verteilt sich vielmehr auf all diejenigen, die an der Herstellung, dem Vertrieb und der Nutzung dieser Maschinen beteiligt sind. Die Frage ist, ob diese Form der Verantwortungsverteilung dazu führt, dass am Ende niemand mehr verantwortlich gemacht werden kann. Dieses unter dem Stichwort kollektive Verantwortung bekannte Problem findet sich allerdings auch in anderen Bereichen und erweist sich dort nicht unbedingt als unlösbar.

Schwerwiegender ist ein anderes Problem bei der Verantwortungszuschreibung. Aufgrund ihrer Autonomie entzieht sich das Verhalten moralischer Maschinen der Vorhersagbarkeit und Kontrolle durch den Menschen. Doch wenn dem so ist, kann der Mensch nicht für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden. Insofern auch die Maschine nicht die Verantwortung trägt, droht erneut, dass niemand für ihr Handeln verantwortlich ist. In der Fachdiskussion ist deshalb die Rede von Verantwortungslücken, zu denen moralische Maschinen führen könnten.

Maschinenethik und Demokratie

Ein weiteres Grundsatzproblem ist der ethische Pluralismus. In der Philosophie gibt es keinen Konsens darüber, welche ethische Theorie die richtige ist, der Partikularismus, der Utilitarismus, die kantische Ethik

oder ein ganz anderer Ansatz. Das schließt jedoch nicht aus, allgemeinverbindliche moralische Regelungen zu finden. So ist es uns gelungen, Gesetze zu schaffen, die moralisch sensible Themen wie Abtreibung oder Sterbehilfe betreffen, und diese demokratisch zu legitimieren. In diesen Fragen besteht zwar ein ethischer Dissens, aber es gibt gleichwohl eine gesetzliche Regelung, die für alle tragbar erscheint. Man darf deshalb optimistisch sein, dass eine solche auch in der Maschinenethik grundsätzlich möglich ist.

*

Catrin Misselhorn ist Direktorin des Instituts für Philosophie und Inhaberin des Lehrstuhls für Wissenschaftstheorie und Technikphilosophie an der Universität Stuttgart

■

„Fakten prüfen, bevor man sie hinausposaunt“

Diskussion über die Umgestaltung des sozialen Raums

Ingrid Scheithauer (Anmoderation): Wir kommen zur Debatte. Sie ist überschrieben mit „Migration in die Infosphäre“, und wir alle wissen, dass Migration, Immigration, Integration große Herausforderungen sind. Das gilt auch und ganz besonders für Digitalien. Wie also dieser soziale Raum zu gestalten ist, damit das Virtuelle und das Reale gut zusammenpassen, damit online kein Raum ohne Aufklärung bleibt, das wird jetzt diese Runde diskutieren. Moderiert wird diese Runde von Lena Jakat, und ich freue mich sehr, dass sie heute den Online-Desk der „Süddeutschen Zeitung“, dessen Chefin sie ist, gegen diese Bühne hier getauscht hat. Herzlich willkommen.

Lena Jakat: Ich begrüße Harald Hamann, Leiter der Abteilung Medien und Digitales in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, der dankenswerterweise ganz kurzfristig, vor wenigen Stunden, eingesprungen ist für Staatssekretärin Heike Raab. Herzlich willkommen. Der nächste, ebenfalls sehr spontane Teilnehmer, der gestern eingesprungen ist für die Europa-Abgeordnete Rebecca Harms: Malte Spitz, grüner Netzpolitiker aus Berlin. Als nächstes begrüße ich Werner D'Inka, Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, und Tobias Gostomzyk, Professor für Medienrecht an der Universität Dortmund.

Wir haben heute über Plattform-Demokratie gesprochen und darüber, wie Algorithmen den demokratischen

Diskurs prägen. Gary Schaal hat in seiner Keynote aufgezeigt, dass es eine Re-Emotionalisierung der demokratischen Debatte gibt, dass die emotionsfreie Form der demokratischen Auseinandersetzung nicht mehr so funktioniert wie bislang. Herr Gostomzyk, die sozialen Mechanismen in der Infosphäre sind gar nicht so anders, aber die Folgen können sich unterscheiden. Können Sie uns erklären, warum das so problematisch werden kann?

Tobias Gostomzyk: Wir sind in einer Situation, in der sich neue, digitale Öffentlichkeiten bilden. Dabei wird das Öffentlichkeitsverständnis, gerade aus der Perspektive des Rechts, von alten, medienbezogenen Vorstellungen geprägt. Hier gibt es Sorgfaltsmaßstäbe und Medien als ihre Adressaten, die man belangen konnte, wenn etwa Falschmeldungen verbreitet worden waren. Im Netz kann jetzt grundsätzlich jedermann Öffentlichkeit herstellen. Ursprünglich getrennte Kommunikationsräume existieren dort nebeneinander – oder verschränken sich sogar. Dabei ist es eine Herausforderung für das Recht, weil wir unter den Bedingungen der alten Öffentlichkeit gerade relativ stabile soziale Räume hatten, an die bestimmte soziale und normative Erwartungen geknüpft werden konnten: Was darf man zu Hause wie sagen? Was am Arbeitsplatz? Was in der Öffentlichkeit?

Wegen dieser neuen Öffentlichkeitsbedingungen im Netz ist im Übrigen auch die Wahrscheinlichkeit gestiegen, auf Hasskriminalität zu stoßen, der man sich offline vergleichsweise gut entziehen konnte. Die Tageszeitung ließ sich in Ruhe lesen. Das Schimpfen von anderen Lesern über den Leitartikel blieb aus, genauso wie die berühmte Stammtisch-Parole. Die Kommentarspalte oder Facebook-Seite machen jetzt aber beides sichtbar.

Außerdem funktionieren Mechanismen der sozialen Lösungen von Konflikten nicht mehr ohne Weiteres: Nehmen wir den Tatbestand der Beleidigung. Er ist ein Antragsdelikt. Das heißt, sie wird rechtlich nur dann verfolgt, wenn der Beleidigte Anzeige erstattet, erst dann übernimmt der Staatsanwalt. Das ist in ganz vielen Fällen nicht der Fall, vor allem bei Beleidigungen im privaten Kontext. Wenn es in Beziehungen hoch hergeht und wilde Worte durch die Luft fliegen, gibt es andere Mechanismen darauf zu reagieren: Man kann weinen, man kann sich entziehen, man kann zurückschimpfen, aber selten klingelt man als Nächstes bei der Polizei oder beim Staatsanwalt, um Anzeige zu erstatten. Das Gleiche gilt auch für Stammtische. Im Netz aber scheint das über die Verschriftlichung und die Zugänglichkeit für viele und potenziell alle etwas anderes zu sein. Weil das, was vorher in privaten Räumen für Außenstehende so gut wie nicht wahrnehmbar war, auf einmal gefühlt für jedermann wahrnehmbar ist, weil man den Rechner aufklappen und es dort sehen kann. Und da stellt sich die Frage, ob man die alten Rechtsregeln nimmt oder ob man neue braucht und welches Verständnis dort gefunden wird. Es ist also Vieles im Wandel.

Jakat: Ich würde das gern weitergeben an Malte Spitz. Herr Spitz, Sie sind Netzpolitiker und haben 2016 eine digitale Grundrechte-Charta für die EU mitverfasst. Genau diese Frage, wie gewährleistet werden kann, dass Debatten online stattfinden ohne Beleidigungen, ohne Hate Speech, hat dabei auch eine Rolle gespielt. Was haben Sie für Ideen?

Malte Spitz: Einer der Vorschläge war, dass die Anbieter eine originäre Eigenverantwortung haben, ihre eigenen Angebote „sauber“ zu halten. Dies hat sehr viel Widerspruch ausgelöst. Wir werden in Kürze eine zweite Fassung vorlegen, in der das anders formuliert wird. Was aber klar ist, und auch im neuen Entwurf weiter stehen wird, ist die Aussage, dass die Unternehmen, also auch Plattformanbieter wie Facebook, Twitter, Google, die Pflicht haben, sich an die Menschenrechte zu halten. Und das heißt auch, dass diese ihnen gegenüber in bestimmten Zusammenhängen einklagbar sind. Das ist dann im Grundsatz etwas anderes als das, was wir jetzt haben. Natürlich kann man auch heute gegen Unternehmen vorgehen, aber in einer anderen Form. Es wäre tatsächlich eine Wesensveränderung, wenn

wir Unternehmen, die eine solche Wirkmacht haben, eine besondere Verantwortung zusprechen. Unternehmen wie Facebook und Google sind von ihrem Einfluss her schon fast staatsähnlich. Ich bin jedoch auch der Meinung, dass die Verantwortung nicht nur bei den Unternehmen liegt. Wir brauchen auch weiterhin die Möglichkeit der Anzeige und der Strafverfolgung, mit entsprechenden Staatsanwaltschaften und besser noch mit Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

Jakat: Herr Hammann, Sie sind in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei die zuständige Stelle, die die Medienpolitik aller Bundesländer koordinieren darf. Wie sehen Sie die Möglichkeiten, Unternehmen, Plattformanbieter wie zum Beispiel Facebook, dazu zu bewegen, den Diskurs gerecht und offen zu halten? Wie schätzen Sie die praktischen Möglichkeiten der Politik ein?

Harald Hammann: Ich würde mich gerne unaufgeregt dem Thema nähern. Erinnern wir uns an den Ursprung des Internets, es war ein reines Wissenschaftsnetz. Da galt als oberste Maxime: Alles ist frei, alles muss unreguliert sein. Als das Netz ökonomisiert wurde, als die Wirtschaft sich engagiert hat, hat es sich damit auch grundsätzlich gewandelt. Deswegen müssen im Netz die allgemeinen Regeln gelten. Das wurde anfangs so nicht verinnerlicht. Mit anderen Worten: Auch im Netz gilt unser Strafrecht, es gilt unser Zivilrecht. Ich sehe keinen Grund, jetzt neue netzspezifische Regelungen im allgemeinen Umgang miteinander zu machen. Wir haben einige andere Herausforderungen, denen müssen wir uns stellen, das ist die Plattformregulierung oder die Frage, wie wir mit Intermediären umgehen, wie wir Diskriminierungsverbote sichern.

Jakat: Wie könnte ein Diskriminierungsverbot aussehen?

Hammann: Es ist momentan schon so, dass eine marktbeherrschende Stellung eines Intermediärs - was etwa bei Google ganz sicher der Fall ist - dazu verpflichtet, alle gleich zu behandeln und verbietet, irgendjemanden von seiner Plattform auszusperrten. Das muss gelten, egal, ob da ein Wettbewerbsverhältnis besteht. Jedenfalls darf jemand, der solch eine Machtstellung hat, generell niemanden diskriminieren und unter sachwidrigen Gründen ausschließen. Das sind die allgemeinen Spielregeln, die wir anpassen müssen. Darüber hinaus gilt das Zivilrecht, und es gilt das Strafrecht. Beleidigungen sind Beleidigungen, egal, ob sie im Internet vorgenommen werden oder in der analogen Welt. Sie haben hier nur eine andere Breitenwirkung; früher gab es diese Art der Öffentlichkeit nicht. Im Prinzip aber haben wir das rechtliche Instrumentarium, und das müssen wir einsetzen.

Und hier kommt es zu einem anderen Problem. Das ist, dass die Unternehmen, von denen wir hier sprechen, größtenteils im Ausland sitzen. Hier gibt uns das deutsche Recht zwar durchaus in Deutschland Möglichkeiten, etwas zu tun. Doch wünsche ich mir bei unseren Behörden ein bisschen mehr Mut, gegen diese Unternehmen auch tatsächlich vorzugehen. Also: Wir haben durchaus ein Instrumentarium, um unser Rechtssystem durchsetzen zu können.

Jakat: Ein viel diskutiertes Beispiel für solch ein Instrumentarium wurde heute schon genannt, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das im vergangenen Jahr geschaffen wurde und zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist. Es versucht, den Diskurs im Digitalen zu regeln, in einer neuen Form, die schnell an ihr Grenzen gestoßen ist. Herr Gostomzyk, Sie haben dieses Regelwerk schon vor einem Jahr heftig kritisiert. Hat sich das, was Sie befürchtet haben, bestätigt?

Gostomzyk: Ja, jedenfalls hinsichtlich des sogenannten Overblockings gab es einige prominente Fälle, die bestätigt haben, was vorher befürchtet worden ist. Grund hierfür ist, dass rechtliche Wertungen eben anders funktionieren als Mathematik. Ich muss letztlich Wertungsentscheidungen vornehmen; und hier heißt es oftmals zwei Juristen, drei Meinungen. Es gibt zwar offensichtliche Fälle. Da muss man nicht lange diskutieren, ob eine Äußerung aus dem Netz muss oder nicht. Doch existieren auch viele Zweifelsfälle, die man so oder so entscheiden kann. Hier gibt es jetzt verständlicherweise eine hohe Bereitschaft der sozialen Netzwerke, kritische Äußerungen zu löschen, weil das Nichtlöschen mit einem Bußgeld sanktioniert werden könnte.

Ich möchte an dieser Stelle gerne noch bei Ihnen anknüpfen, Herr Hammann. Sie haben gesagt, dass im Netz die gleichen Regeln gelten sollen wie in der analogen Welt, gerade hinsichtlich der Standards, wie wir miteinander umgehen. Das denke ich grundsätzlich auch. Vorausgesetzt sie passen. Außerdem führt das NetzDG dazu, dass mehr gelöscht werden kann, als in der Offline-Welt wahrscheinlich rechtlich angegriffen werden würde. Wenn ich zum Beispiel meine, die Bundeskanzlerin sei beleidigt worden, könnte ich das rügen. Facebook müsste prüfen. Käme man dort zu dem Ergebnis, dass es sich um eine Beleidigung handele, müsste die Äußerung gelöscht werden – obwohl Frau Merkel dafür bekannt ist, dass sie regelmäßig nicht gegen Äußerungen rechtlich vorgeht und das eher aussitzen würde. Das ist im Prinzip eine „Rasenmähermethode“. Es ist Ziel des Gesetzes, einen zivilen Diskurs im Netz wieder einzuführen. Daneben bestehen weiterhin das Strafrecht und die strafrechtliche Sanktion, die erfolgen könnte. Aber vor der Einführung des NetzDG ist

das als nicht ausreichend erachtet worden. Es hätte dieses Gesetzes doch sonst nicht gebraucht, wenn die Strafverfolgung hinreichend effektiv gewesen wäre.

Hammann: Wir sehen dieses Gesetz durchaus kritisch, weil es ein spezifisches Gesetz ist und aus unserer Sicht die allgemeinen Regeln zur Anwendung kommen sollten. Wir haben ja längst eine Aufsicht über das Internet und über Telemedien durch Aufsichtsbehörden, die Landesmedienanstalten. Wir haben als Länder sehr früh vor den von Ihnen angeführten Auswirkungen gewarnt. Es gibt zwei gegenläufige Tendenzen in diesem Gesetz, die kritisch sind. Zum einen, dass der Staat sich darüber aufschwingt zu entscheiden, was im Netz richtig und was falsch ist, was zu verbieten ist und was nicht. Wir kommen mit dem NetzDG an die Grenze zur Zensur.

Das andere ist das, was Sie mit Overblocking beschrieben haben. Man wälzt die rechtliche Bewertung und Entscheidung darüber, was im Netz verbreitet werden kann, auf die Plattformanbieter, auf die sozialen Netzwerke, ab. Die Unternehmen haben also, wenn sie eine Ordnungswidrigkeit vermuten, natürlich die Tendenz, die Sachen zu sperren, um auf der sicheren Seite zu sein. Damit aber werden Äußerungen gesperrt oder gelöscht, die eigentlich nicht gelöscht werden dürfen, da sie keinen Straftatbestand erfüllen. Das waren genau die Bedenken, die wir hatten. Aus unserer Sicht sollte man dringend das Gesetz evaluieren und prüfen, ob es wirklich den Effekt hat, den man sich versprochen hat.

Jakat: Jetzt ist ja die juristische Komponente nur eine, wie man den Diskurs wieder verbessern kann. Herr D'Inka, Qualitätsmedien wie die FAZ – und auch die „Süddeutsche Zeitung“ – sind ja zentrale Akteure, wenn es darum geht, den zivilen Diskurs am Laufen zu halten. Gleichzeitig haben es die qualitätsjournalistischen Inhalte, wenn man sich die Dynamiken und die Algorithmen anschaut, nicht einfach. Wir sind zwar nicht so gefährdet, durch staatliche oder wirtschaftliche Algorithmenbedingte Zensur betroffen zu werden, aber wir haben es schwerer, gehört zu werden und die Aufmerksamkeit zu erhalten. Welche Rolle können traditionelle Medien noch einnehmen in diesem Diskurs?

Werner D'Inka: Das ist die Eine-Millionen-Dollar-Frage. In der analogen Zeit waren wir diejenigen, die den öffentlichen Diskurs bestimmt haben. Wer in der analogen Welt seine Mitwelt überzeugen wollte, der hatte relativ begrenzte Möglichkeiten. Im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, beim berühmten Stammtisch oder er konnte sich im Hyde Park auf eine Kiste stellen und seine Empörung in die Welt hinausschreien. Heute findet jeder seine Follower von Frankfurt bis Feuerland; nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ein Millionenpublikum.

Das heißt, es wird nicht nur unser Geschäftsmodell angegriffen, das ist heute nicht unser Thema, sondern natürlich auch unser Rollenbild, unser Rollenverständnis. Im Prinzip könnte man sagen, es ist jetzt das Brecht'sche Radio-Ideal verwirklicht. Bert Brecht hat ja schon in den 20er Jahren gefordert, dass die Bürger nicht nur passive Empfänger, sondern aktive Sender sein sollen, und das haben wir jetzt. Das haben wir jetzt davon, könnte man sagen.

Das heißt, zumindest ein Teil der Verantwortung für die öffentliche Sphäre ist auf Akteure übergegangen, die man früher das Publikum nannte. Das ist nicht ganz neu. Karl Kraus, der große Spötter, hat schon im vergangenen Jahrhundert gesagt, früher hatten die Zeitungen das Niveau ihrer Redakteure, heute haben sie das Niveau ihrer Leser. Und er meinte es nicht als Kompliment. Das ist jetzt die Zustandsbeschreibung. Wie kommen wir da raus? Ich glaube, die Chance, die wir haben, ist – relativ selbstbewusst, souverän, aber nicht auftrumpfend – immer wieder klar zu machen, dass die Prinzipien, von denen wir uns in unserer Arbeit leiten lassen, auch in der digitalen Welt nicht von gestern sind. Das ist ein Set von Handwerksregeln und Normen, auch von berufsethischen Entscheidungen. Wir müssen erklären, dass es einen Unterschied macht, ob man Fakten, bevor man sie hinausposaunt, nach Kräften, mindestens auf Plausibilität, prüft, ob man dem Prinzip, auch die andere Seite soll gehört werden, folgt oder nicht. Da sieht man den Unterschied zwischen dem, was wir machen, was der klassische, traditionelle Journalismus leistet, und was manche Äußerungsformen in der digitalen Welt so mit sich bringen.

Wir kennen wahrscheinlich alle das Beispiel der Silvesternacht in Dortmund. Der Online-Dienst „Breitbart“ verbreitete die Nachricht, tausend überwiegend muslimische junge Männer hätten Feuerwerkskörper in die Menge geschossen, Polizisten und Sanitäter angegriffen, Parolen des IS und von Al-Kaida gerufen und die älteste deutsche Kirche in Brand gesteckt. Darstellung: „Breitbart“. Unsere Aufgabe ist es, genauer hinzugucken, stimmt das so? Da wird man feststellen, es war ein bisschen etwas dran, aber so, wie „Breitbart“ es darstellte, war es definitiv nicht. Da haben tatsächlich rund tausend Menschen, meist Anwohner, Silvester gefeiert, es wurde mit Feuerwerkskörpern in die Menge geschossen, die Polizei hat das relativ schnell unterbunden. Ein Feuerwerkskörper hat das Gerüst der Reinoldikirche tatsächlich in Brand gesteckt, der Brand wurde aber relativ schnell gelöscht. Die Reinoldikirche ist auch nicht die älteste Kirche Deutschlands, wie behauptet worden war. Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrlaute und Sanitäter gab es nicht.

Das ist ein Beispiel, warum es auch in der digitalen Welt vernünftig ist, dass wir bei unserer Arbeitsweise bleiben, Und die heißt, Fakten prüfen, bevor man sie veröffentlicht, Polizeiberichte lesen, mit Anwohnern, mit Feuerwehrlaute, mit Sanitätern sprechen, die dabei waren. Dass die Darstellung von „Breitbart“ der Realität weniger nahekam als das, was wir über so ein Ereignis veröffentlichen würden, liegt auf der Hand. Ich glaube, die Prinzipien, denen wir folgen, sind noch lange nicht am Ende, Wir haben allen Grund, sie selbstbewusst zu vertreten.

Jakat: Sie haben eine leichte Anspielung gemacht in Sachen Qualität des Diskurses, der sich manchmal auftut in der digitalen Sphäre. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an jeden Einzelnen, wenn er mündig teilhaben will am digitalen Diskurs. Herr Spitz, Sie haben sich viel mit Datenschutz beschäftigt, Sie wurden 2009 bekannt, als Sie erfolgreich die Telekom auf Herausgabe der gespeicherten Vorratsdaten verklagt haben. Jeder Einzelne von uns müsste über sehr viel Wissen verfügen, um mündig am digitalen Diskurs teilzunehmen. Kann man das überhaupt hinbekommen?

Spitz: Jein. Das ist tatsächlich eine Generationenaufgabe. Das wird man nicht in zwei bis drei Jahren mit irgendwelchen schönen Förderprojekten hinbekommen. Das ist etwas, womit wir lernen müssen umzugehen. Das fängt an im Kindergarten, in der Schule, aber es hört nicht auf. Das ist nicht mit 18 oder 20 Jahren vorbei, sondern das ist eine Aufgabe, die für heute 40-, 50-, 60-, 70-Jährige gilt, sich eine solche Mündigkeit zu erarbeiten. Das ist für uns eine schwierige Aufgabe; ich sehe bei meinem Thema Datenschutz, wie viel Unwissen da besteht. Da wird zugestimmt, da wird eingewilligt, und dann fragt man sich ein Jahr später, woher haben die eigentlich all die Informationen? Da braucht es Aufklärung, die natürlich auch nötig ist, um genau solche Informationen einordnen zu können.

Dass Unwahrheiten verbreitet werden, um damit Aufmerksamkeit zu generieren, ist kein Phänomen, das mit dem Internet gekommen ist. Das gab es schon vor 30, vor 50 Jahren. Das gibt es an einem Zeitungsstand heute auch noch mit Zeitschriften, die wir vielleicht nicht konsumieren, aber die trotzdem sehr viel Zuspruch finden. Dennoch ist das, was im Internet passiert, eine andere Form, weil eine gewisse Schnelligkeit da ist. Damit umzugehen, ist etwas, das sehr schwierig ist. Bei einer App ist man ebenfalls schnell dabei zuzustimmen, und dann ist das Adressbuch weg, weil man eingewilligt hat darauf zuzugreifen. Es werden Fotos ausgewertet. Und ebenso klickt man auf etwas, das wie eine Nachricht aussieht und denkt, „meine Güte, was ist da denn in der Silvesternacht vorgefallen!“. Ohne dass man sich die Zeit nimmt, sich die Internetseite der örtlichen Zeitung

anzusehen, zu schauen, ob es Informationen dazu gibt zur Einordnung. So etwas können wir zum Teil noch nicht. Wir müssen also akzeptieren, dass das nicht von heute auf morgen möglich ist. Wir werden noch die nächsten drei, zehn oder 15 Jahre mit einer solchen Situation umgehen müssen. Ich bin aber optimistisch, dass wir es als Gesellschaft in Gänze lernen werden, digital mündig und selbstbestimmt zu leben.

Jakat: Ich habe in der Vorbereitung auf diese Debatte auch den schönen Begriff der „rationalen Ignoranz“ gelesen, der besagt, dass es in der Flut an Entscheidungen, die wir treffen müssen, oft vernünftiger ist, darauf zu vertrauen, dass die Menschen, die die AGBs geschrieben haben, schon wissen, wie es geht, als das Kleingedruckte selbst zu lesen. Aber Herr D'Inka, vielleicht haben Sie auch noch eine Idee, wie man mit dieser Flut und Geschwindigkeit umgehen soll?

D'Inka: Ich möchte Malte Spitz in einer Beobachtung völlig zustimmen, die Lüge ist nicht erst durch das Internet in die Welt gekommen. Die Lüge, die private wie die öffentliche, ist uralte. Und für das, was wir heute Fake News nennen, gab es früher den guten alten Begriff „Zeitungsente“. Dass öffentliche Lügen den Gang der Geschichte beeinflusst haben, wissen wir seit der Emser Depesche oder der Behauptung angeblicher Massenvernichtungswaffen in der Hand Sadam Husseins. Die Beschleunigung sorgt für eine neue Dynamik. Deswegen bin ich so skeptisch, wenn so sympathische Projektmacher auf den Plan treten, die Fake News aufstöbern sollen.

Mein Kollege Jürgen Kaube hat zurecht darauf hingewiesen, dass Information im Vergleich zu beispielsweise Waschmaschinen den Vor- wie den Nachteil hat, dass Information, Kommunikation relativ leicht und schnell hervorzubringen ist. Wenn man bedenkt, wie schnell Kommunikation im Unterschied zu Waschmaschinen hervorzubringen ist, kann man sich vorstellen, wer in dem Spiel zwischen Nachrechercheuren und Hervorbringern der Hase oder der Igel sein würde. Das ist alles ehrenwert und sympathisch, allein, mir fehlt der Glaube, dass die Projekte, die jetzt ins Werk gesetzt werden, diesem Problem wirklich Herr werden könnten.

Jakat: Das eine ist die Geschwindigkeit, der zweite Punkt, den man noch anschließen kann, ist die Professionalität. Also die Qualität von Falschinformationen, die augenscheinliche Echtheit wird immer besser. Was jetzt gerade durch die Medien geht, sind sogenannte Deep Fakes, bei denen Videomaterial, oft aus pornografischem Material, zusammenmontiert wird mit Bildern von Schauspielern oder anderen Prominenten, so dass man nicht mehr erkennen kann, dass es nicht echt ist. Das macht eine Software, die autonom lernt. Wir haben

vorhin von lernenden Maschinen gehört. Eine solche ist es, die diese Manipulationen durchführt. Jetzt geht es vielleicht „nur“ um diffamierende pornografische Montagen, aber man kann sich leicht vorstellen, wenn jemand Donald Trumps Kopf auf anderes Material montiert und das nicht mehr als unecht zu erkennen ist, was das auslösen könnte.

Im Februar veröffentlichten führende Forscher, die sich mit künstlicher Intelligenz befassen, einen Bericht, in dem es um die Möglichkeiten bössartiger Nutzung von künstlicher Intelligenz, unter anderem von solchen selbstlernenden Maschinen, geht. Eine ihrer Forderungen war, dass die Politik enger mit den Forschern, die sich in dem Feld bewegen, zusammenarbeiten soll. Herr Hammann, gibt es in der deutschen Politik einen Austausch mit der Industrie, mit Leuten, die sich mit Algorithmen unternehmerisch befassen?

Hammann: Sicherlich. Wir gehen davon aus, dass wir den Rahmen setzen müssen. Unter dem Stichwort „Plattformregulierung/Intermediäre“ stellt sich für uns die Frage, müssen Algorithmen offengelegt werden, wie entstehen sie, nach welchen Kriterien funktionieren sie. Macht es Sinn, sie offenzulegen, weil sie dann, wenn man weiß, wie sie funktionieren, auch manipulierbar werden? Das kennen Sie vielleicht von den Hotelbewertungen, die gefaked sind von den entsprechenden Konzernen und nach denen immer alle Hotels „sehr gut“ sind. Aber vor Ort stellt sich das Ganze immer etwas anders dar.

Von dieser Seite nähern wir uns. Ich komme ja von der Rundfunkseite in diese Thematik und sitze mit den Verlegern und den „klassischen Medien“ in einem Boot. Es gibt einen qualitativ hochwertigen Journalismus, den man pflegen sollte, weil er immer wichtiger für die gesamte Gesellschaft wird. Ich finde es momentan etwas merkwürdig, dass Verleger und öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Bereich Telemedien gegeneinander kämpfen und sich schier zerfleischen. Ich glaube, dass beide Seiten einen wichtigen Beitrag leisten können und sollten, um den Leuten in dieser Informationsflut verlässliche Orientierung zu geben, das gilt sowohl für den Rundfunk als auch für die Presseseite. Es gibt durchaus Kooperationen zwischen Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Aus meiner Sicht ist das der Weg. Wir sollten im Prinzip aufeinander zugehen.

Ich bin kein ausschließlicher Vertreter des Rundfunks, ich fühle mich auch für die Presse zuständig, aber ich sehe mit Sorge, wie man aufeinander losgeht, wo man doch im selben Boot sitzt. Es gibt Studien, die zeigen, dass die Tageszeitungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein hohes Glaubwürdigkeitsprofil haben und dass sie den Leuten Orientierung geben, die sie akzeptieren. Da

sollte man doch eher gemeinsam gegen die anderen Phänomene kämpfen als gegeneinander.

Jakat: Herr Gostomzyk, gibt es in Deutschland zwischen den Politikern und den Juristen, die versuchen, digitale Mechanismen und Algorithmen zu regulieren, und den Menschen, die sie programmieren und sich wissenschaftlich damit beschäftigen, genügend Austausch?

Gostomzyk: Es gibt eine ganze Reihe von Diskussionsforen, die dem Austausch dienen – wie zum Beispiel hier dieses Podium. Und es gibt die Bund-Länder-Gespräche, es gibt Expertenanhörungen der politischen Institutionen. Und es gibt vor allem in der Wissenschaft zunehmend disziplinübergreifende Kooperationen, weil man ein Grundverständnis kaum mehr aus einer Disziplin heraus entwickeln kann. In diesen disziplinübergreifenden Kooperationen sind meist Informatiker dabei, häufig aber auch Kommunikationswissenschaftler und Juristen. Dass dieses „Drei-Gestirn“ zunehmend anzutreffen ist, deutet darauf hin, dass man es mit neuen Phänomenen zu tun hat, die man mit alten, an einzelne Disziplinen gebundene Denkklogiken nicht mehr ohne Weiteres greifen kann.

Auch ich selbst halte den Austausch für sehr wichtig, weil es neuer netzwerkgerechter Institutionen bedarf. Um ein Beispiel zu nennen: Für den Einzelnen ist es häufig nicht rational, seine Rechte gegenüber sozialen Netzwerken wahrzunehmen. Als Facebook-Nutzer mögen einen die AGBs stören, aber wenn man sich weiterhin mit seinen Freunden aus dem Sportverein auf Facebook treffen will, muss man diese AGBs akzeptieren. Das macht man dann, aber man verklagt das Unternehmen nicht regelmäßig auf die Unwirksamkeit bestimmter AGBs. Das können fast nur kollektive Akteure leisten, und diese Akteure bis hin zu Institutionen fehlen bislang für das Netz.

Um noch ein Beispiel zu nennen, Malte Spitz hat seine Daten gegenüber der Telekom eingeklagt. Damit ist er fast allein. Das macht sonst fast niemand, außer Max Schrems vielleicht, ehemals Jurastudent aus Österreich. Solche Klagen sind nicht so populär. Es wäre aber vorstellbar, dass es so etwas gibt wie eine Daten-Gema, die kollektiv Rechte einzelner Netznutzer vertritt. So wie die Gema zur Wahrnehmung von Urheberrechten dies tut. Damit ließe sich ein Gegengewicht schaffen. Ein solcher kollektiver Akteur könnte verfolgen, was mit den Daten passiert, ein Monitoring einführen und mit Kontinuität im Dienste aller Rechte wahrnehmen. So etwas ist aus meiner Sicht gut vorstellbar, das würde ich mir für die Zukunft wünschen.

Spitz: Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen. Zum einen wünsche ich mir, dass wir den Austausch bei diesen Zukunftsfragen internationalisieren. Ich mache seit mehr als zehn Jahren Medienpolitik bei uns Grünen, und ich finde, wir diskutieren viel zu sehr auf nationaler Ebene. Tatsächlich aber ähneln sich die Fragestellungen überall. Gerade wenn es darum geht, unterschiedliche Akteure, aus Wissenschaft, Unternehmen, Politik zusammenzubringen, ist es sinnvoll, auf internationalen Austausch zu achten, zu sehen, wie und was andere machen, wie treiben bestimmte Ideen voran.

Zweitens: Wir müssen dringend darüber reden, wie wir diese Wirkungsmacht, die einzelne Unternehmen nur dadurch haben, dass sie extrem viele Daten und dadurch Informationen über uns haben, kontrollieren. Extrem viele Informationen heißt nicht 200 Merkmale, nicht 2.000, sondern vermutlich, 10.000, 20.000, 50.000 Datenpunkte. Diese Informationen haben die Unternehmen, weil sie seit Jahren wissen, wo wir uns aufhalten, was wir suchen, wohin wir abends ausgehen, wie unser Freundeskreis aussieht. Sie haben damit ein komplettes Abbild unseres sozialen Lebens. Selbst wenn man nicht bei Facebook ist, hat man dennoch Apps auf seinem Smartphone, nutzt andere Anwendungen. Alles hinterlässt Daten. Wie schaffen wir eine durchsetzungsstarke Aufsichtsstruktur?

Ich bin skeptisch, ob wir das über einen finanziellen Hebel organisieren können, dass die Unternehmen eine Art Abgabe zahlen müssen, die dann wieder dem Einzelnen oder wissenschaftlichen Forschungen zugutekommt. Wir müssen uns mit der Frage befassen, ob die Aufsichtsstrukturen und -behörden, die wir derzeit haben, die richtigen Akteure sind oder ob wir andere Mechanismen brauchen. Ich habe dafür noch keine Antwort, aber ich glaube, wir haben da noch eine sehr große Aufgabe vor uns und nur noch ein relativ kleines Zeitfenster von vielleicht fünf bis sechs Jahren dafür. Sonst wird die Wirkmacht der Konzerne so groß, dass es verdammt schwierig wird, sie aufzubrechen und die Digitalisierung im Sinne des Allgemeinwohls zu gestalten.

Jakat: Katharina Zweig hat ins Gespräch gebracht, dass die Wissenschaft mehr Zugang zu Daten braucht, um das Korrektiv zu entwickeln, das die Wissenschaft in anderen Bereichen entfaltet, und sie hat dabei angemerkt, dass man dabei auf die Politik angewiesen ist. Herr Gostomzyk, wie schätzen Sie das ein: Welchen Einfluss kann eine deutsche Politik überhaupt auf Facebook nehmen, damit das Unternehmen Daten öffentlich zur Verfügung stellt?

Gostomzyk: Es gibt methodisch – das hat Frau Zweig auch angesprochen – enorme Schwierigkeiten, etwas

zu beobachten, was personalisiert verbreitet wird, weil das bei jedem Einzelnen unterschiedlich erscheint. Ich müsste bei jedem Einzelnen die Voreinstellungen im Rechner kennen und berücksichtigen, also zum Beispiel wissen, wo hat er den Rechner verwendet, um vergleichbare Datengrundlagen zu haben. Das macht es methodisch unglaublich schwierig. Die Frage, ob die deutsche Politik eine Wirkung gegen internationale Netzwerke hat, lässt sich durchaus bejahen. Das NetzDG ist ein Beispiel, das ernst genommen wird. Ich glaube auch, dass sich die Datenschutzstandards bei Google stark an dem deutschen Modell orientieren und weltweit eingeführt sind, weil Deutschland eben ein wichtiger Marktstandort ist, man hier sehr viel Geld verdient und auf die Akzeptanz in diesem Markt angewiesen ist.

Nicht nur wegen dieser häufig aus methodischen Gründen fehlenden Befunde, sondern auch wegen der Funktionsweise von Algorithmen ist eine sinnvolle Regulierung alles andere als einfach. Das lässt sich beispielsweise an der populären Forderung nach Transparenz verdeutlichen. Was genau soll durchsichtiger werden? Auf Youtube finden sich hervorragende Erklärvideos, mit denen wahrscheinlich alle, die hier im Raum sind, erst einmal zufrieden wären, soviel über Algorithmen verstanden zu haben. Ein Mehr an Information hilft dem Einzelnen meist nicht. Das gilt auch, weil die Wirkweise von Algorithmen immer in Verbindung mit zur Verfügung stehenden Daten zu sehen ist. Auch benötigen wir Auswahlentscheidungen in der Informationsflut des Netzes. Wer möchte jetzt aber festschreiben, was die richtigen Kriterien hierfür sind?

Des Weiteren kommt rechtlich hinzu, dass es sich hier auch um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Internetfirmen handelt. So gilt auch hier: Es braucht neue, netzwerkgerechte Lösungen. Eine Idee ist, Treuhänder zu berufen, also kundige Leute, die Einblick in die Funktionsweise und auch in die Kriterienbildung erhalten, die aber zunächst einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen und die sich erst äußern, wenn es für die Gesellschaft relevant wird, weil es etwa zu Verwerfungen kommt. Ich rechne hier im Übrigen eher mit einer europäischen als mit einer nationalen Lösung. Die Bund-Länder-Kommission hat sich gerade an diesen Stellen sehr zurückgehalten und die relevanten Fragen an Europa weitergereicht.

Hammann: Wir werden uns diesen Fragen jetzt nähern. Wir sind zuversichtlich, dass wir bis Mitte des Jahres einen Vorschlag von der Fachebene vorlegen und zur Anhörung stellen werden, der nicht nur die klassischen Plattformen betrifft, sondern auch die Intermediäre. Dabei nehmen wir die Transparenzpflicht ebenso in den Fokus wie die Diskriminierungsverbote. Ich stimme Ihnen zu, Herr Gostomzyk, eine komplette Offenlegungspflicht

kann nicht sein, nicht zuletzt, weil sie die Gefahr der Manipulation mit sich bringt. Vertraulichkeit muss bis zu einem gewissen Punkt gewahrt sein. Ich glaube, das ist notwendig.

Jakat: Dieses Wissen treuhänderisch zu verwalten – etwa durch ein Expertengremium, das stellvertretend die Rechte der Nutzer wahrnimmt, ist ein Ansatz. Ein anderer Ansatz ist, die Debatte über diese Themen auszuweiten und mehr Leute zu befähigen daran teilzunehmen. Haben Sie, Herr Spitz, Herr D'Inka, Ideen, wie man zunächst Sensibilität für das Thema schafft?

D'Inka: Ich glaube schon, dass dieses Thema unbedingt eine breite gesellschaftliche Debatte braucht. Das klingt ein bisschen pathetisch, aber das ist so. Herr Spitz hat die Wirkungsmacht dieser großen Akteure und Konglomerate zutreffend beschrieben. Ich bin weder Jurist noch Ökonom, aber mein Zutrauen in kluge Juristen, kluge Politiker, kluge Ökonomen ist so groß, dass ich denke, dafür wird man Lösungen finden. Die Menschheit hat den Manchesterkapitalismus gezähmt durch Gesetzgebung, durch Sozialgesetzgebung, durch Kartellgesetzgebung, wir werden die großen Tech-Companys auch in den Griff bekommen. Zusätzlich brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte über die Veränderungen, die die öffentliche Kommunikation in der digitalen Welt durchmacht.

Ich finde, Bernhard Pörksen hat in seinem Buch „Die große Gereiztheit“, das soeben erschienen ist, einen interessanten Vorschlag gemacht. Ihm schwebt die Utopie, wie er es nennt, einer redaktionellen Gesellschaft vor. Man mag vielleicht ein bisschen naiv oder optimistisch sein, wenn er sagt, das würde die alten und die neuen Kommunikatoren auf die Prinzipien eines ideal gedachten Journalismus verpflichten. Jeder, der sich in dieser vielstimmigen Welt äußert, sollte sich auf die Prinzipien einlassen, über die wir ganz am Anfang gesprochen haben. Also zum Beispiel Fakten prüfen, bevor man sie hinausposaunt. Das finde ich bedenkenswert. Sie, Herr Spitz, haben gesagt, das müsse in der Schule anfangen, aber es kann da nicht enden. Ich glaube, um eine große gesellschaftliche Debatte jenseits aller juristischen, politischen, ökonomischen Regulierungsinstanzen werden wir nicht umhinkommen.

Spitz: Da stimme ich zu. Ich registriere auch ein deutlich höheres Interesse an dieser Thematik. Ich bekomme mittlerweile im Vergleich zu vor fünf bis sechs Jahren viel mehr Anfragen von Einzelpersonen, weil sie merken, dass die digitale Kommunikation Einfluss auf ihr Alltagsleben hat. Viele spüren, wo das in ihrem Alltag negativen Einfluss nimmt, und ahnen, dass man sich in die Debatte einbringen muss. Viele fragen auch einfach, wie das eigentlich funktioniert, wie kann ich

dagegen vorgehen? Anders als noch vor einigen Jahren hat die Digitalisierung für viele Menschen spürbaren Einfluss. Das geht weiter als nur ein Smartphone zu besitzen, sondern Menschen nehmen wahr, wie das auf unterschiedlichen Ebenen, wenn sie einkaufen im Internet, wenn sie einen Job suchen, ihren Alltag zum Teil auch eingrenzt. Sie wollen sich darüber austauschen.

Insofern bin ich optimistisch, dass die Sensibilisierung dadurch schon zum Teil stattfindet, dass einfach viel mehr Leute aus Eigeninteresse aktiv werden und sich informieren, auch um sich zu schützen. Ich stimme aber auch zu, dass wir diesen grundsätzlichen Diskurs brauchen. Was der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1994 zur Zukunft der Medienlandschaft gesagt und angestoßen hat, so etwas bräuchten wir über die Digitalisierung unserer Kommunikation heute wieder, einen gesamtgesellschaftlichen Austausch.

D'Inka: Kleine Fußnote: Ich habe im März drei Einladungen von Schulen, dort über Fake News zu sprechen. Das zeigt mir, dass es das Bedürfnis für dieses Thema gibt, und dass gerade Schülerinnen und Schüler, die vielleicht selber Opfer eines kleinen Shitstorms auf dem

Schulhof geworden sind, für die Frage kommunikativer Gefahren in der digitalen Welt zu gewinnen sind. Ich bin durchaus optimistisch, dass es eine Wissbegierde gibt, was passiert da gerade und wie stellen wir uns dem.

Jakat: Das ist doch auf unserem „kleinen Schulhof“ hier ein schönes Schlusswort: Kommunikative Fairness. Ich bedanke mich bei den Teilnehmern recht herzlich für diesen interdisziplinären und konstruktiven Austausch.

*

Lena Jakat ist Online-Deskchefin der „Süddeutschen Zeitung“.

Tobias Gostomzyk ist Professor für Medien-, Internet-, Datenschutz- und Telekommunikationsrecht an der TU Dortmund.

Malte Spitz ist Grünen-Politiker und Experte für Netzpolitik.

Harald Hammann ist Leiter der Abteilung Medien und Digitales in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei.

Werner D'Inka ist Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. ■

„Intensive Debatten“

Eine technologisch-mediale Integrationsaufgabe / Von Ludger Fittkau

Es sind vor allem fünf Begriffe, die mich heute besonders beschäftigt haben. Zum Teil waren sie neu für mich, zum Teil wurden sie für mich in ein neues Licht gestellt. Zum Auftakt ging es um den Begriff „Plattform“. Joachim Becker hat ihn analysiert und als Metapher vorgeführt. Dabei ist mir klargeworden, dass wir das scheinbar selbstverständlich Gewordene hinterfragen und über die Bedeutung solcher Sprachbilder nachdenken müssen. Ich fand es sehr anregend zu hören, dass man bei einer „Plattform“ im digitalen Sinn keineswegs von einem festen Untergrund ausgehen darf, sondern sich vor Augen halten sollte, dass hier sehr viel in Bewegung ist. Hier laufen Kommunikations- und Steuerungsprozesse, die mit dem Bild der Plattform im analogen Sinn, wie zum Beispiel dieses Podium, nichts zu tun haben.

Als „staatsähnlich“ hat Malte Spitz die Plattformunternehmen in der Debatte „Migration in die Infosphäre – Über die notwendige Umgestaltung des sozialen Raums“ bezeichnet. Ein interessanter Begriff in diesem Kontext, insbesondere wenn man diesen juristisch weiterdenkt. An anderer Stelle wurden die Tech-Companies als „Regeln setzende Akteure“ bezeichnet. Beide Aussagen

haben mir die Wirkmächtigkeit dieser Unternehmen plastisch vor Augen geführt.

„Globale Prozesse“

Wie ändert sich mit diesem globalisierten digitalen Raum die Kommunikation, zum Beispiel die Lüge oder auch eine Falschmeldung in der Presse? Oder anders gefragt: Was ist aus der „Zeitungssente“, ein Begriff, der heute auch viel, geworden?

Die Emser Depesche, 1870 Auslöser des deutsch-französischen Krieges, wurde erwähnt; sie war auf die Krise in Europa begrenzt. Heute dagegen haben wir es mit globalen Prozessen zu tun und folglich Situationen und Entfesselungen in einem schlichtweg schon räumlich weiteren Sinne zu deuten.

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen erinnert in seinem lesenswerten Buch „Die große Gereiztheit“ an einen radikalen Pastor aus einem Städtchen irgendwo im US-Bundesstaat Florida, der 2010 eine großangelegte Koranverbrennung plante, zum Jahrestag des 11.

September. Das führte beinahe zu einer globalen Krise. Staatsmänner aus der ganzen Welt waren eingeschaltet, es gab Demonstrationen, und es gab dabei Tote in Kaschmir und Afghanistan.

Der Begriff der „Vorder- und Hinterbühnen“ wurde heute mehrmals genutzt. Die Vorderbühne ist verlockend. Die Leute können mit Medien spielen, sich selbst mit Fotos, Videos und Texten ausdrücken. Sie wissen damit umzugehen. Mit dieser Verlockung der Vorderbühne arbeiten die neuen digitalen Mächte. Deshalb müssen wir die Hinterbühne intensiv betrachten und verstehen lernen, wie sie funktioniert. Das Nachdenken und Reflektieren darüber scheint stärker zu werden.

Diese Betrachtungen der Hinterbühnen müssen auf verschiedenen Ebenen passieren – politisch, juristisch und gesellschaftlich. Auf jeder dieser Ebenen braucht es intensive Debatten. Dabei ist es sicher hilfreich, auf die Prinzipien des Journalismus zurückzugreifen – wie „Recherche, Gegenrecherche, erst einmal nichts glauben, selbst die eigene Großmutter hinterfragen, wenn sie etwas erzählt“.

„Die Social-Media-Persönlichkeit“

Wenn damit journalistische Prinzipien Bildungsgut werden sollen, braucht es eine verstärkte und erfolgreiche Vermittlung von Medienkompetenz. Die Medienanstalten sind zwar schon dabei, sich mit dem Thema zu beschäftigen, auch die Landesmedienanstalt in Hessen, aber das ist angesichts der Dimension auszuweiten. Es ist gut, wenn Zeitungsleute in Schulen gehen, wie Werner D'Inka es in der Debatte dargestellt hat. Aber das müssen auch die tun, die zum Beispiel über Rundfunkbeiträge verfügen. Um etwa Pörksens Ideen einer „redaktionellen Gesellschaft“ lebendig werden zu lassen, braucht es zahlreiche Aktionen und das ernsthafte Engagement vieler.

Entsteht ein neuer Menschentypus? Der Begriff von der „Social-Media-Persönlichkeit“ tauchte heute auf. Damit verbinden sich für mich eine Reihe von Fragen: Schaffen die Social-Media-Strukturen einen neuen Menschentypus? Wer sind diese „FOMOS“, diese Leute mit einem „Fear of missing out“-Syndrom, die ständig nur mit dem Smartphone unterwegs sind, die Angst haben, etwas zu verpassen und in einer eigenen Welt leben? Welche Herausforderungen bringt dieser neue Sozialisationstypus des digitalen Zeitalters mit sich, den neue Öffentlichkeiten und die digitalen Intermediäre da offensichtlich hervorbringen? Und reicht es, wenn wir mit den Idealen der Aufklärung und der klassischen Bildung versuchen, dagegenzuhalten?

Die Frage „Wie kann man die lernenden Maschinen ethisch programmieren?“, das Thema von Catrin Misselhorn, hat mich mit Blick auf die drei Gesetze der Robotik von Isaac Asimov nachdenklich gemacht. Vor allem mit Blick auf das moralische Dilemma beim autonomen Fahren, das Frau Misselhorn exemplarisch vorführte. Eine autonom getriebene Straßenbahn rollt auf zwei zahlenmäßig unterschiedlich große Menschengruppen zu. Frau Misselhorn zeigte auf, dass eine utilitaristische Entscheidung so ausfallen könnte, dass die größere Personengruppe überleben soll, weil das Fahrzeug auf die kleinere Personengruppe zusteuert oder die Straßenbahn durch eine Weichenumstellung eine Person anstelle mehrerer tötet.

„Dramatische Entscheidungssituation“

Durch die drei Gesetze der Robotik von Asimov würde aber schon diese dramatische Entscheidungssituation verhindert werden. Das erste Gesetz sagt: „Ein Roboter darf keinen Menschen verletzen oder durch Untätigkeit zu Schaden kommen lassen.“ Das würde in dem geschilderten Fall bedeuten, dass das autonom fahrende Objekt so programmiert werden muss, dass es einfach stehen bleibt, damit es erst gar nicht dazu kommt, dass es auf die kleinere Menschengruppe zufährt und der eine getötet wird und der andere nicht. Nimmt man die Robotergesetze von Asimov ernst, käme es also gar nicht zu dieser utilitaristischen Entscheidungssituation.

Das zweite Robotergesetz sagt: „Ein Roboter muss Befehlen eines Menschen gehorchen, es sei denn, solche Befehle stehen im Widerspruch zum ersten Robotergesetz.“ Das heißt, ein solcher Roboter darf niemals vollkommen autonom handeln. Damit ist dies auch keine Moral im dem Sinne, wie wir es von Kant kennen; Catrin Misselhorn hat hier von „funktionaler Moralität“ gesprochen. Das ist etwas anderes als das, was wir mit dem Kantischen Moralbegriff in Verbindung bringen, der unsere Rechtstradition, und damit auch das Grundgesetz, begründet. Zugespitzt lässt sich sagen: Unser Kantischer Moralbegriff hat nichts mit dem amerikanisch-angelsächsischen Utilitarismus zu tun.

Das dritte Robotergesetz lautet: „Der Roboter muss seine Existenz schützen, solange dies nicht dem ersten und/oder zweiten Robotergesetz widerspricht.“ Das bedeutet, dass die Menschen im Vordergrund stehen; alles andere ist somit abgeleitet. Es darf deshalb in der Technik keine autonome Form von Moral geben, um das noch mal zu betonen.

„Die europäische Datenalternative“

Einen Punkt möchte ich noch für das Weiterdenken ansprechen – das Stichwort dazu heißt „europäische

Datenalternative". Wir sprechen von Tech-Companies. Die Big Five sind allesamt US-amerikanische Konzerne, die durch ihre Markt- und Innovationskraft auch in Europa die Entwicklung bestimmen. Wir wissen aber auch, dass es noch andere Akteure gibt - wie Alibaba aus China, eine Amazon-Struktur mit dem digitalen Kommunismus im Hintergrund-, die auf den europäischen Markt drängen. Diese Plattformen basieren nicht auf demokratischen Strukturen, und eine Kontrolle in demokratischem Sinne haben wir natürlich auch nicht über Facebook und Google.

Also was passiert in Europa? Beruhigend ist, hier tut sich etwas. Hier entstehen interessante, unerwartete Plattformen, dabei arbeiten Konzerne der alten Ökonomie mit Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, zusammen. Als Beispiel nenne ich das Projekt „Verimi“, das sich in Gründung befindet. Hier sind Konzerne engagiert wie Telekom, Siemens, Daimler, die Bundesdruckerei oder der Axel Springer Verlag. Sie versprechen, dass sie die neuen Datenschutzregeln, die EU-Datengrundschutzverordnung, einhalten wollen.

Vielleicht kommt noch eine erweiterte E-Privacy-Richtlinie, die die Cookies unmöglich macht. Hier verspricht etwa Verimi, dass sie Daten schützen werden. Ein interessantes europäisches Konglomerat, von dem man nicht weiß, ob es erfolgreich sein wird. Datenschützer, allen voran der Hamburgische Beauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, sehen darin eine spannende europäische kontinentale Alternative.

„Digitaler Wildwuchs“

Das letzte Stichwort meines Rückblicks ist die „Allianz für Aufklärung“, die Stephan Ruß-Mohl zwischen Journalismus und Wissenschaft eingefordert hat. Mir ist an dieser Stelle wichtig: Wenn man die Wissenschaft

mit einbezieht, muss man darauf achten, dass die Wissenschaft mit ihren Daten verantwortungsvoll umgeht. Die Nationale Forschungsdaten-Initiative, die nun auch im Koalitionsvertrag der GroKo in Berlin festgeschrieben ist und demnächst auf den Weg gebracht werden soll, zielt darauf ab, dass Wissenschaftler deutscher Forschungseinrichtungen und Universitäten ihre Daten nicht so schnell und wie bisher in Google-Plattformen stellen und mit Google-Tools arbeiten. Beispiel hierfür sind Bibliotheken wie die Bayerische Staatsbibliothek, die Verträge mit Google schließen, Bücher digitalisieren und Kulturgut an Google ausliefern. Es wird an einer nationalen Lösung gearbeitet, die hiesige Forschungsdaten sicherer macht.

Hier gibt es viel digitalen Wildwuchs, insofern ist es wichtig, dass die Datenautonomie, Datenhegemonie zurück an die Wissenschaftler gegeben wird. Hierfür müssen Strukturen geschaffen werden. Die Nationale Forschungsdaten-Initiative wird von Wissenschaftsorganisationen getragen und ist sehr teuer. Sie ist - wie gesagt - laut Koalitionsvertrag ein Thema der neuen Bundesregierung. Und ich meine, dass Thema ist groß genug, es möglicherweise gemeinsam mit Frankreich anzugehen.

*

Ludger Fittkau ist Landeskorrespondent Hessen für den Deutschlandfunk.

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt das Magazin „Einsichten“ der Evangelischen Journalistenschule (EJS) in Berlin bei.

